

OFFENE JUGEND ARBEIT

Praxis • Konzepte • Jugendpolitik



INHALT

3 ZUR EINFÜHRUNG

4 BURKHARD FEHRLIN
Ausverkauf der Offenen Kinder- und Jugendarbeit?

24 BURKHARD FEHRLIN
Baden-Württemberg

28 BURKHARD FEHRLIN
Kahlschlag in Sachsen

36 Eine Handvoll Fragen an die
zukünftige Jugendpolitik NRWs

45 Projektfinanzierung: Ein Beispiel aus NRW

52 INTERVIEW MIT ROGER KÖNIG
Offene Jugendarbeit muss sich „öffnen“



Zur Einführung

Vor gut fünf Jahren erschien ein Heft der „Offenen Jugendarbeit“ zum Thema „Finanzen“. Auch damals wurde die Sozial- und insofern auch die Jugendarbeitspolitik zumindest zeitweilig von den Finanzpolitikern übernommen.

Dass es noch schlimmer kommen könnte, hat sich wohl damals wie gestern niemand träumen lassen. Heute ist die Offene Kinder- und Jugendarbeit aber wohl aufgewacht. Die Kürzungen, die in Sachsen, aber auch vielen Kommunen bereits für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen wurden, gehen an die Substanz. Die Folgen der Kürzungen, die uns in den kommenden Jahren wohl auch noch dort drohen werden, wo die Offene Arbeit bisher noch halbwegs ungeschoren davon gekommen ist, wollen wir uns erst gar nicht vorstellen.

„Die Anfragen zu den Haushaltsberatungen 2011/12 bekommen einen anderen Ton“, sagte uns in diesen Tagen ein Abteilungsleiter einer schwäbischen Stadt. Gemeint war, dass nicht mehr danach gefragt wird, wo wieviel eingespart werden könnte, sondern dass kaum verhohlen danach gefragt wird, ob die Offene Kinder- und Jugendarbeit überhaupt noch notwendig ist. Natürlich verpackt man dies in die Formulierung „zeitgemäß“, v. a. angesichts der zu erwartenden Einführung der Ganztageschule. Damit soll das Ganze wohl einen innovativen Touch bekommen.

Die Mittel und Argumente, mit denen sich die Offene Kinder- und Jugendarbeit zur Wehr setzt, sind alt, aber oft genug nicht bewährt, weil wir sie selbst nicht ausreichend gepflegt haben. So zumindest lauten auch selbstkritische Töne, die hier und da zu hören sind. Zu diesen Mitteln gehören Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Qualitätsentwicklung und spezi-

fische Bildungsleistungen. Ein anderer selbstkritischer Aspekt, der eher aus akademischer Sicht zu hören ist, kritisiert, dass man sich eben doch zu wenig um eine stabile Argumentationsbasis gekümmert habe. Gemeint ist damit der Mangel an harten Daten zum Zustand und zu den Leistungen des Arbeitsfeldes, mit Hilfe derer Politikern auch tatsächlich deutlich gemacht werden könnte, was sie da eigentlich im Moment platt machen wollen.

Die Artikel in diesem Heft diskutieren diese Aspekte in unterschiedlicher Gewichtung. Viele Prozesse sind noch nicht abgeschlossen, viele Entscheidungen stehen noch aus oder sind auf das kommende Jahr verschoben. Klar ist, dass die sogenannte „Finanzkrise“, bzw. die dadurch ausgelöste „Wirtschaftskrise“, die Kassen der öffentlichen Hand für die nächsten Jahre ausgiebig geplündert hat.

Vielleicht sollten wir in die laufenden Diskussionen ein neues Argument einführen: Wo, bitte schön, sollen sich eigentlich die in Zukunft intensiv „gebildeten“ und „beschul-ten“ Kinder und Jugendlichen von ihrer teils 45-stündigen Schulwoche noch erholen? Reicht der Schulsport aus, oder wäre da nicht der eine oder andere Aktivspielplatz, die eine oder andere Jugendfarm, das eine oder andere Jugendhaus nicht ganz praktisch?



Ausverkauf der Offenen Kinder- und Jugendarbeit?

Diskussionen um Kürzungen der Haushaltsansätze für die Kinder- und Jugendarbeit sind nicht neu. In vielen Kommunen gab es v. a. 2003/2004 „Sparrunden“ und in einigen Bundesländern wurden die Landeszuschüsse gekürzt. Berücksichtigt man Aspekte wie Tarifabschlüsse und Inflationsrate, dann wird deutlich, dass der Rotstift selbst im wohlhabenden Süden unserer Republik, in Baden-Württemberg, seit der Jahrtausendwende vielleicht noch keine Orgien gefeiert hat, wohl aber des Öfteren angespitzt wurde. Dabei sind „weiche“ Faktoren wie die Änderung von Arbeitsaufträgen der Mitarbeiter („Streetwork“, Schulsozialarbeit, etc.) noch gar nicht berücksichtigt. All dies führte letztlich ja auch zu einer Einschränkung der freizeitpädagogischen Arbeit.

Was nun aktuell in einigen Bundesländern und in vielen Kommunen diskutiert wird, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Da wird der alte Hut „Freiwilligkeitsleistung“ wieder vorgezogen, als ob es kein KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz) geben würde. Viele erfolgreiche Versuche, den Alltag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit transparenter und die Wirkungen für Kinder und Jugendliche zumindest plausibel zu machen, beispielsweise im Rahmen methodischer Konzeptentwicklung und Evaluationen, liegen bei den Politikern offensichtlich im Papierkorb. Und: Die Diskussionen über den besonderen Beitrag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Sachen „Bildung“ (z. B. um „kommunale Bildungslandschaften“), gerade auch von Kindern und Jugendlichen, die von Haus aus mit wenig sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital ausgestattet sind, werden vielerorts unter dem Druck der durch die Folgen der Zockerei von Spekulanten geleerten Kassen als Ge-

schwätz von gestern zu den Akten gelegt. Der Offenen Kinder- und Jugendarbeit droht jedenfalls in den Haushaltsjahren 2010/2011 in manchen Regionen der Bundesrepublik ein Kahlschlag, wie es ihn wohl noch nie gegeben hat. Zeit also, sich für die laufenden oder auch anstehenden Diskussionen einige Argumente noch einmal in Erinnerung zu rufen.

Kinder- und Jugendarbeit ist keine „Freiwilligkeitsleistung“

Vor ziemlich genau 20 Jahren, als im Juni 1990 das KJHG nach jahrzehntelanger Debatte endlich in Kraft trat, schien alles gelaufen zu sein. Der Kinder- und Jugendarbeit wurde ein neuer Status zugewiesen. Sie ist seither keine „Freiwilligkeitsleistung“ mehr, obwohl dieser Begriff nach wie vor durch die kommunalpolitischen Debatten geistert, offensichtlich nicht auszurotten ist.

Fakt bleibt dennoch, dass Kinder- und Jugendarbeit (nach massiven Protesten einiger Fachorganisationen auch die „offene“) seither zum Leistungskatalog der Kinder- und Jugendhilfe gehört. Im Gegensatz zur Jugendsozialarbeit richtet sie sich grundsätzlich an alle jungen Menschen (bis 27 Jahre), nicht nur an Benachteiligte oder individuell Beeinträchtigte.

„(1) Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zu Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“

(2) Jugendarbeit wird angeboten von Verbänden, Gruppen und Initiativen der Jugend, von anderen Trägern der Jugendarbeit und den Trägern der Jugendarbeit und den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe. Sie umfasst für Mitglieder bestimmte Angebote, die offene Jugendarbeit und gemeinwesenorientierte Angebote.“ (§ 11 KJHG)

Der Gesetzgeber hat damit der damals um sich greifenden Einsicht Rechnung getragen, dass die Gesellschaft und damit auch Kindheit und Jugend einen grundlegenden Strukturwandel erlebt, der mit den Begriffen „Pluralisierung der Lebenslagen“ und „Individualisierung der Lebensführung“ gefasst wurde. Daraus – so wurde und wird argumentiert – ergeben sich vielfältige Chancen, aber auch Risiken für Kinder und Jugendliche. Diesen Risiken sind nun nicht mehr allein die klassischen Randgruppen oder auch „Gefährdeten“ ausgesetzt, sondern prinzipiell alle Kinder und Jugendlichen, also auch der Nachwuchs von Professoren oder Politikern. Insofern muss es ein öffentliches oder öffentlich gestütztes Angebot geben, das alle Kinder und Jugendlichen bei der Bewältigung der sich ihnen stellenden Schwierigkeiten und Probleme unterstützt – wie etwa die Kinder- und Jugendarbeit (vgl. z.B. 8. Jugendbericht).

MÜNDER zitiert in seinem Kommentar zum KJHG aus einem Papier der BAG-LJÄ*, wo wesentliche Merkmale dieses Wandels von Kindheit und Jugend zusammengefasst werden, die „Risikofaktoren heutiger Jugendzeit“:

- ▶ „die Auflösung klassischer Orientierungsmilieus und die nachlassende Integrationskraft von Großorganisationen,
- ▶ die Schwierigkeiten der Identitätsbildung durch unverbindliche Pluralität von Normen und Wertesystemen,
- ▶ die Instabilität sozialer Beziehungen und das Gefühl des Auf-sich-allein-gestellt-Seins,
- ▶ die perspektivische Verunsicherung durch

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, ökologischer Bedrohung und wachsender internationaler Verflechtungen,

- ▶ die Ausweitung von Konkurrenzbeziehungen und der Trend zur Ellenbogengesellschaft,
- ▶ die Kluft zwischen unmittelbarer persönlicher Betroffenheit in den eigenen Lebensverhältnissen und der Komplexität parlamentarischer Entscheidungsprozesse,
- ▶ die Entwicklung der politischen Kultur in Parteien, Parlamenten und Regierungen, die viele Bürger, nicht nur Jugendliche abschreckt, sich aktiv an der Gestaltung von Demokratie in Parteien, Verbänden und anderen Großorganisationen zu beteiligen.“ (*Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, Beschluß der 68. Arbeitstagung vom 25. bis 27.4.1990, zit. nach MÜNDER, J. u. a., Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG, Münster 1993)

Daran hat sich wohl nicht allzuviel geändert.

Wer soll das bezahlen?

Der Bundesgesetzgeber hat mit dem KJHG auch versucht, die Kinder- und Jugendarbeit materiell besser abzusichern. Zwar gibt es keinen individuellen Rechtsanspruch, wie zum Beispiel bei den Hilfen zur Erziehung, aber die öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe wurden ausdrücklich darauf verpflichtet, diesen Leistungsbereich trotzdem nicht verhungern zu lassen. Im Dritten Abschnitt des Gesetzes – „Gesamtverantwortung, Jugendhilfeplanung“ – wurde festgeschrieben, dass die öffentlichen Träger dafür verantwortlich sind, dass in ihrem jeweiligen Bereich ein ausreichendes Angebot aller Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung steht, und dass die Jugendarbeit dabei angemessen berücksichtigt werden muss.

„Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen gewährleisten, dass die zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch erforderlichen

und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen; ... Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mittel haben sie einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden.“ (KJHG, § 79, Abs. 2)

Nun könnte man zunächst über den Begriff „sollen“ stolpern. Rechtlich bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger, als dass der öffentliche Träger dies in der Regel tun muss. Wer davon abweicht, muss dies begründen. Wie diverse Gerichte festgestellt haben, taugen finanzielle Schwierigkeiten eines Landkreises oder einer Kommune keineswegs automatisch für eine solche Begründung.

Ein zweiter Stolperstein könnte sich aus der Antwort auf die Frage ergeben, was denn „erforderlich“, „geeignet“, „rechtzeitig“ und „ausreichend“ bedeuten mag. Dies klärt der Gesetzgeber im nachfolgenden § 80, wo er den öffentlichen Träger zur Jugendhilfeplanung verdonnert. Die ist – wenn man so will – eine dauerhafte, institutionalisierte Form der fachlichen Diskussion über diese Fragen. Allerdings: Wie es unter diesem Aspekt mit der Gesetzestreue vieler öffentlicher Träger bestellt ist, ist allgemein bekannt. Hier unterscheiden sich viele Kommunen, Landkreise, aber auch Bundesländer (wohlwollend formuliert) kaum vom durchschnittlichen Steuerzahler, der jedes Jahr fieberhaft nach tendenziell illegalen Schlupflöchern sucht, um eine schnelle Mark (Pardon, Euro) zu machen, bzw. einzusparen.

Bleibt der Gummibegriff „angemessener Anteil“. Für den Bundesgesetzgeber bleibt es schwierig bis unmöglich, dies näher zu bestimmen. Die kommunalen Spitzenverbände sorgten jedenfalls dafür, dass dies mit dem Hinweis auf den Verfassungsgrundsatz der kommunalen Selbstverwaltung unterblieb. In der Folge wurde daher von Seiten der Kinder- und Jugendarbeit versucht, in den Landesausführungsgesetzen zum KJHG, die in der

ersten Hälfte der 90er Jahre verabschiedet wurden, wenigstens eine Mindestquote festzuschreiben. Auch dies blieb meist ohne Erfolg, zumindest wenn man die sogenannte „Jugendpauschale“ in einigen Bundesländern nicht so verstehen mag.

Die einzige bekannte Ausnahme ist Berlin, das in sein Landesausführungsgesetz diesen Anteil mit 10% bezifferte. Die Berliner Politiker haben sich jedoch nie daran gehalten. Informierte Personen schätzen diesen Anteil auf aktuell 3,5% (vgl. dazu KAPPELER, MANFRED: Der geplante Ausverkauf der Kinder- und Jugendarbeit durch die Oberste Landesjugendbehörde und die Bezirks-Jugendämter in Berlin. In: deutsche jugend, 2010, S. 153–158).

Dennoch bleibt festzuhalten: Kinder- und Jugendarbeit ist seit 1990 nach geltendem Recht keine „Freiwilligkeitsleistung“ mehr. Der öffentliche Träger (meist Landkreise) ist gesetzlich verpflichtet, in seiner Region für ein ausreichendes Angebot zu sorgen. Was dies bedeutet, muss im Rahmen der Jugendhilfeplanung festgelegt werden. Die Diskussion darüber ist so also eine feste Größe in der kommunalpolitischen Debatte. In der Realität muss man aber wohl eher sagen, dass sie es sein sollte, denn die Umsetzung dieses gesetzlichen Auftrags verläuft auch nach 20 Jahren vielerorts eher stotternd.

Wir haben uns Mühe gegeben

Auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren durchaus Mühe gegeben, gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik „nachzuweisen“, dass sie für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einen besonderen Beitrag leistet, der wichtig ist und so von anderen Sozialisationsinstanzen – beispielsweise der Schule, auch der Ganztageschule – nicht erbracht werden kann. Hierher gehören zunächst durchaus erfolgreiche Versuche, die

Vorschläge zur methodischen Konzeptentwicklung und Selbstevaluation – Qualitätsentwicklung – auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen und alltagstaugliche Konzepte dazu zu entwickeln. Denn was als theoretisches Konzept spannend, sinnvoll und wichtig ist, was in Modellprojekten erfolgreich ausprobiert wurde, muss übersetzt werden, wenn es in der Praxis Wirkung zeigen soll.

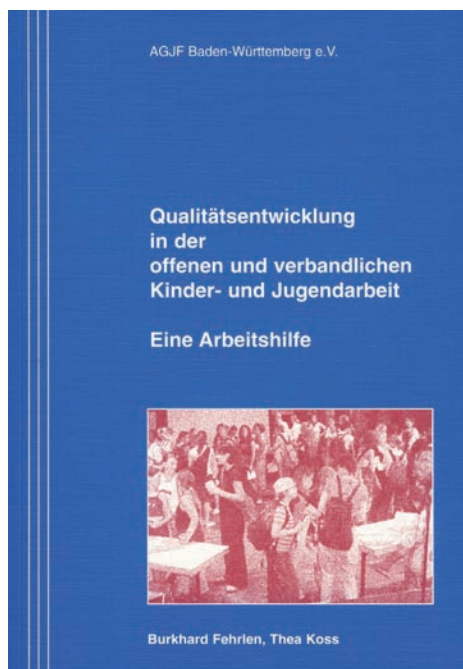
Wer sich – so die These – seiner eigenen Ziele präziser vergewissert, das, was in Gang gebracht wird, genauer (methodischer) betrachtet und reflektiert, der steigert nicht nur seine eigene Arbeitszufriedenheit, sondern gewinnt auch ein besseres Standing gegenüber seinem Geldgeber. Und – nicht zuletzt – er kann den uralten Anspruch der Kinder- und Jugendarbeit, anzusetzen an den Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen, sehr viel professioneller einlösen. Einen Widerspruch zu dem oft beklagten „Chaos“ in der Kinder- und Jugendarbeit, das ja auch ihren besonderen Charme ausmacht, sahen und sehen wir in solchen „Planungsansätzen“ nicht.

Auf diesem Hintergrund wurde jedenfalls z.B. in Baden-Württemberg mit Unterstützung der beiden Landesjugendämter und des zuständigen Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport zwischen 1999 und 2002 gemeinsam mit den Jugendverbänden ein großes Projekt durchgeführt. Beteiligt waren daran knapp 30 Jugendhäuser, Jugendringe, Jugendverbände, Träger der Mobilen Jugendarbeit und Spielmobile. Sie alle haben für ihre Einrichtung, ihren Verband oder für einzelne Angebote eine methodische Konzeptentwicklung oder eine Selbstevaluation durchgeführt.

Das Besondere dabei war, dass es keine aufwendigen „Modellprojekte“ waren, bei denen mit vergleichsweise hohem Aufwand optimale Ergebnisse erzielt werden. Sondern diese Projekte wurden unter Alltagsbedingungen durchgeführt, die beteiligten Kollegen und Kolleginnen erhielten lediglich einen Zuschuss

von durchschnittlich 5.000 DM, um damit eine fachliche oder wissenschaftliche Begleitung anheuern zu können. Dabei wurde darauf geachtet, möglichst viele unterschiedliche Begleiterinnen und Begleiter für das Projekt zu gewinnen. Damit sollte gewährleistet werden, dass die unterschiedlichsten Methoden zum Einsatz kamen oder auch ausprobiert wurden, möglichst viele Erfahrungen gesammelt werden konnten.

Gemessen an den Zielsetzungen war das Projekt ein voller Erfolg. Viele Träger und Einrichtungen konnten ihre Arbeit weiter qualifizieren und mit den Ergebnissen Legitimationsprobleme selbstbewusster angehen. Allerdings haben sich auch Schwierigkeiten gezeigt, vor allem die Möglichkeiten, solches methodisches Arbeiten in den Alltag zu integrieren sowie ein Mangel an Kenntnissen über Methoden der empirischen Sozialforschung bei Praktikern. Aber das kann man ja lernen. (Vgl. dazu AGJF [Hrsg.], Qualitäts-



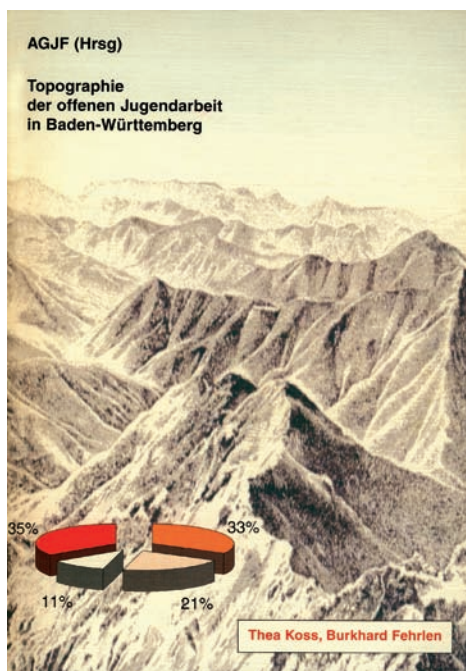
entwicklung in der offenen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit. Eine Arbeitshilfe. Leinfelden 2003)

Auch in Baden-Württemberg ist es nicht allein bei diesem von Landesorganisationen initiierten Projekt geblieben. Schon zuvor hatten sich die Stuttgarter Jugendhäuser mit einem eigenen Ansatz auf den Weg gemacht, in etwa gleichzeitig die Einrichtungen in Karlsruhe. Im Anschluss an das Projekt haben sich neben einzelnen Trägern in zahlreichen Kommunen auch zwei Landkreise intensiver mit Fragen der Qualitätsentwicklung befasst und eigene Projekte in Gang gesetzt. Im Landkreis Ludwigsburg wurden in den vergangenen drei Jahren für eine ganze Reihe von Jugendhäusern Konzepte entwickelt, außerdem gab es in den vergangenen Monaten in einer Gemeinde eine Bedarfserhebung. Dort wird trotz der damals schon aufziehenden Krise darüber diskutiert, ob man sich eine Einrichtung der Offenen Jugendarbeit nicht doch leisten

sollte. Auch die Stadt- und Kreisjugendreferenten haben sich mehrmals mit dem Thema beschäftigt. Ergebnis dieser Diskussionen waren Fortbildungen, aber auch einige örtliche Projekte und ein eigener, landesweiter Qualitätsentwicklungsprozess.

Ein anderer Aspekt ist das Dilemma, dass zwar jeder Jugendarbeiter weiß, dass die Bedingungen im Arbeitsfeld alles andere als optimal sind, es letztlich aber an Daten fehlt, mit denen es sich im Gestrüpp der Kommunalpolitik überzeugend argumentieren lässt. Auch dazu gab es im Bundesgebiet einige Projekte. Beispielhaft greifen wir auch hier wieder auf Baden-Württemberg zurück. Dort wurde 2001 von der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. mit Unterstützung des Kultusministeriums das Projekt „Topographie der offenen Jugendarbeit“ durchgeführt.

Inhalt dieser Studie ist eine repräsentative Befragung der Einrichtungen, Jugendhäuser und Jugendzentren in Baden-Württemberg. Erhoben wurden Strukturdaten u. a. zu Angeboten (z.B. Zielgruppen, Öffnungszeiten, Programmen), zur personellen sowie materiellen Ausstattung der Einrichtungen (Anzahl der Planstellen, Ausbildung der Mitarbeiter, Räume, Inventar, etc.), zu Ehrenamtlichen und zum Professionalisierungsgrad, gemessen an den Möglichkeiten der Mitarbeiter/-innen im Hinblick auf Fachberatung, Fortbildung und Supervision. Der zweite Teil der Studie ist qualitativ angelegt. Bei 23 erzählgenerierenden Interviews mit Mitarbeiter/-innen (aus den Einrichtungen, leitenden Mitarbeitern bei großen Trägern, Jugendreferent/-innen) erzählten die Kolleginnen und Kollegen über ihre Tätigkeit, Entwicklungen, die sie bei Kindern und Jugendlichen beobachten und über die Maßnahmen und Angebote, die sie bezogen darauf in den vergangenen Jahren neu aufgelegt hatten. Abgerundet wurden diese Interviews durch gezielte Fragen z.B. nach der geschlechterdifferenzierenden Arbeit, fachlichen



Entwicklungen, Fortbildung, Jugend und Beruf, sowie Rechtsradikalismus.

Mit dieser Studie wurde nicht nur ein quantitativer Überblick über die Szene in Baden-Württemberg geschaffen, sondern auch Einblick in die damals (oft genug auch heute noch) aktuellen Entwicklungsprobleme der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gewonnen. Deutlich wurde, dass in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zwar die Zahl der Einrichtungen gestiegen, die notwendige Infrastruktur aber regional wie landesweit eher unterentwickelt war. Es fehlte an der notwendigen fachlichen Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und oft genug auch an den einfachsten Mitteln, um Jugendlichen ein attraktives, d. h. anregendes Freizeitangebot zu machen.

Die damalige Situation (und dies gilt bis heute) konnte man damit vergleichen, dass zwar eine vierspurige Autobahn ausgebaut worden war, dass aber nur zwei Spuren für den Verkehr freigegeben wurden, da es am notwendigen Geld fehlte, um die Fahrbahnmarkierungen anzubringen. Für die nähere Zukunft muss man befürchten, dass die Baustellen dann doch so dicht werden, dass nur noch eine Spur übrigbleibt. Da diese Feststellungen empirisch unterfüttert waren, gab es die Hoffnung, dass die Klagen der Jugendarbeit in den einschlägigen Diskussionen nicht weiter als „Jammern auf hohem Niveau“ denunziert wurden. (Vgl. dazu AGJF [Hrsg.], Topographie der offenen Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Leinfelden 2003)

Verarbeitet wurden die Ergebnisse in einer Reihe von Workshops, an denen Kollegen und Kolleginnen aus dem Trägerbereich (Management), den Einrichtungen, aber auch Netzwerkerarbeiter beteiligt waren. Obwohl damit auch unterschiedliche Interessenlagen markiert sind, ist es bei diesen Veranstaltungen gelungen, zu gemeinsamen Einschätzungen zur Situation der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Empfehlungen an die Adresse der



Jugendarbeitspolitiker, aber auch der Praktiker zu kommen.

In Baden-Württemberg ist es leider nicht geglückt, die „Topographie“ zu tradieren, d. h. in regelmäßigen Abständen wenigstens die quantitative Befragung zu wiederholen und dabei zu verfeinern. Ganz anders ist dies in Nordrhein-Westfalen, wo zumindest die katholischen Träger auf eine jahrzehntelange Tradition verweisen können. Seit 1978 erhebt die Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit regelmäßig Daten zu den über 400 Einrichtungen ihrer Mitglieder. Über die oben genannten Fragestellungen hinaus werden hier auch differenzierte Informationen zur Besucherstruktur und zur Nutzung der Einrichtungen sowie Daten zu einzelnen Aspekten, wie Migration und „Problembelastung und Verarbeitung“ gesammelt.

Alles Bildung oder was?

Auch die Bildungsdiskussion der letzten Jahre schien geeignet, der Kinder- und Jugendarbeit dabei zu helfen, zumindest ihren Bestand zu sichern. Zwar gelang es nicht, Politiker davon abzubringen, die „Bildungsmisere“ v. a. durch eine Intensivierung der Schule und der vorschulischen Erziehung aus der Welt zu schaffen. Aber durch zahlreiche Interventionen aus dem Bereich der Wissenschaft, aber auch der Verbände wurde der Beitrag der Kinder- und Jugendarbeit zur „Bildung“ von Kindern und Jugendlichen am Ende doch wenigstens teilweise zur Kenntnis genommen. Einen besonderen Beitrag dafür hat der 2005 vorgelegte 12. Jugendbericht der Bundesregierung geleistet. Dort wird Bildung verstanden als „ein umfassender Prozess der Entwicklung einer Persönlichkeit in Auseinandersetzung mit sich und ihrer Umwelt“. Dieser Entwicklungsprozess sei vom Individuum „eigenständig und selbsttätig“ zu leisten. Das Subjekt ist dabei aber angewiesen auf „bildende Gelegenheiten, Anregungen und Begegnungen“, nur dann könne es in diesen Arrangements und Zusammenhängen „kulturelle, instrumentelle, soziale und personale Kompetenzen“ entfalten. Bildung dient der Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft, aber auch der Befähigung, „sich Zumutungen und Ansprüchen der Gesellschaft, die der individuellen Entfaltung entgegenstehen, zu widersetzen“. (12. Jugendbericht)

Dass dies von Schule allein nicht zu leisten ist, ist evident, ebenso, dass es auch nicht der Familie allein in die Schuhe geschoben werden kann.

Jugendarbeit wurde daher im Jugendbericht als ein wichtiges Lernfeld bestimmt, wo Kinder und Jugendliche vielerlei Möglichkeiten geboten werden, sich in diesem Sinne selbst zu bilden, sei es im Rahmen von organisierten Angeboten („non-formelle Bildung“) oder von ungeplanten Prozessen innerhalb der

Einrichtungen, etwa im offenen Betrieb („informelle Bildung“). Ob diese Bildungsprozesse gelingen, ist damit noch nicht gesagt! Aber – so wird festgehalten – in der offenen Arbeit sind dafür vielfältige Möglichkeiten aufgehoben.

Auch dazu wurden unterschiedliche Projekte in Gang gesetzt, in Baden-Württemberg ging es um „Bildung im Alltag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“. In elf Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wurden über ein Jahr Daten erhoben, z. B. mit Beobachtungen, Interviews, Feldtagebüchern, Cliquen- und Besucherportraits. Im Anschluss daran wurden sie ausgewertet im Hinblick auf Bedingungen für und auf real stattfindende Bildungsprozesse. (Vgl. dazu FEHRLÉN, KOSS, Bildung im Alltag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, hrsg. von der LAGO Baden-Württemberg, Tübingen 2009)



Eine solche Auswertung steht vor einem Problem. Bildungsprozesse sind nicht ohne

Weiteres empirisch zugänglich, sie lassen sich nicht unmittelbar beobachten oder gar messen. Die Schule hat es hier einfach, sie kann messen, ob jemand erfolgreich Vokabeln in seinem Hirn versenkt hat oder irgendwelche mathematischen Kunststücke beherrscht. (Obwohl der gewiefte Pädagoge, vielleicht auch aus eigener Erfahrung, seine Zweifel an diesem simplen Modell anmelden mag.) Wenn man aber feststellen will, ob sich jemand selbsttätig und eigenständig mit seiner Umwelt auseinandersetzt, sich dabei integriert, ohne seine Widerborstigkeit aufzugeben (Jugendbericht), ist das schon erheblich schwieriger.

Um Bildungsprozesse in diesem weiten Verständnis nachzuspüren, muss man daher die Daten, die zuvor (selbstverständlich methodisch) gesammelt wurden, interpretieren. Und diese Interpretation darf nicht willkürlich vorgenommen werden, nicht aus dem Bauch heraus, sondern muss sich an Theorie oder wenigstens an theoretischen Modellen orientieren. In unserem Projekt haben wir uns an vier solcher Modelle orientiert, vier empirische Zugänge „getestet“.

Gefragt werden kann, ob Kinder und Jugendliche bei unseren Angeboten ganz simpel etwas lernen, oder auf neudeutsch: sich „Kompetenzen“ aneignen. Ganz offensichtlich gilt dies für die Jugendlichen, die sich in den Einrichtungen als Ehrenamtliche engagieren. Nun ist das Gerücht kaum auszurotten, Offene Kinder- und Jugendarbeit sei allein Sache bezahlter Profis, Ehrenamtliche allein Sache der Jugendverbände. Die oben erwähnte Erhebung der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft in NRW weist aber für die insgesamt 416 Einrichtungen (Stand Ende 2008) durchschnittlich jeweils 19 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, 54% davon sind Mädchen, 19% haben einen Migrationshintergrund. Auch die Untersuchung der AGJF Baden-Württemberg hat gezeigt, dass in knapp 75% aller Einrichtungen mit hauptamtlichem Personal ebenfalls Ehrenamtliche

zu Gange sind, je nach Größe der Kommune zwischen 18 und 26 Jugendliche. Und: In über 200 Einrichtungen gibt es überhaupt kein hauptamtliches Personal, diese werden allein von Jugendlichen betrieben, i. d. R. unterstützt vom Stadt- oder Kreisjugendreferat. Diese Daten sind zwar schon etwas älter, aber grundsätzlich hat sich an der Gesamtsituation kaum etwas verändert. Ein theoretisches Modell für diese Perspektive Lernen hat WIEBKEN DÜX von der Uni Dortmund entwickelt (vgl. DÜX, WIEBKEN, „Aber so richtig für das Leben lernt man eher bei der freiwilligen Arbeit“. Zum Kompetenzzugewinn Jugendlicher im freiwilligen Engagement. In: RAUSCHENBACH, THOMAS u. a. [Hrsg.], Informelles Lernen im Jugendalter. Vernachlässigte Dimensionen der Bildungsdebatte. Weinheim und München 2006).

Eine zweite Perspektive ergibt sich aus dem Aneignungskonzept, das schon in den 90er Jahren v. a. von ULRICH DEINET als theoretisches Konzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit entwickelt wurde. Im Kern geht es hier um die Frage, ob unsere Angebote geeignet sind, die Handlungs- und Erfahrungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu erweitern. Dazu ein Beispiel: Ein Jugendzentrum arbeitet v. a. mit Spätaussiedlern. Angeboten werden u. a. Kurzfreizeiten. Nun war nachzuweisen, dass viele dieser Jugendlichen, die an solchen Freizeiten teilgenommen haben, sobald sie selbst mobil wurden, übers Wochenende selbstständig zunächst jene Orte aufsuchten – den Zeltplatz am Bodensee oder an der Donau etc. –, an denen sie in Jahre zuvor mit dem Jugendzentrum waren. Danach ziehen sie ihre Kreise weiter.

Andere bleiben dagegen hängen im üblichen Dreieck zwischen Jugendzentrum, Stadtpark und Bahnhof. Mit ihren Eltern erreichen sie nach eigener Aussage gerade mal das nächstgelegene Einkaufszentrum oder am Wochenende die Verwandten in der benachbarten Kreisstadt. Das ist ein kleines Beispiel für solche Aneignungsprozesse, die – so das theoretische

Modell – gleichzusetzen sind mit „Bildungsprozessen“ (vgl. z. B. DEINET, ULRICH, REUTLINGER, CHRISTIAN [Hrsg.], „Aneignung“ als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Wiesbaden 2004).

Eine dritte Perspektive haben wir uns bei den Kollegen von der frühkindlichen Erziehung abgeschaut. Diese beschreiben Entwicklungen bei Kinder als „biographische Prozesse“. Auf solche Prozesse kann geschlossen werden, wenn die Handlungsweisen und Aktivitäten der Kinder bestimmte Merkmale aufweisen und sich dabei eine gewisse Konstanz zeigt. Dieser Ansatz ist für die Offene Kinder- und Jugendarbeit auch deshalb sehr interessant, weil er ausdrücklich von selbstgewählten Aktivitäten der Kinder ausgeht, bzw. in unserer „Übersetzung“ auch der Jugendlichen. Es geht nicht um irgendwelche Vorstellungen von Erwachsenen, wie ein Kind in diesem oder jenem Alter zu sein hat, was es „eigentlich“ beherrschen müsste. Anders ausgedrückt: Solche Prozesse werden nicht an vorgegebenen Lernzielen gemessen (Lehrplan), sondern Ausgangspunkt bleiben die Interessen der einzelnen Kinder (vgl. dazu z. B. LEU, HANS RUDOLF, Bildungs- und Lerngeschichten von Kindern, in: DJI Bulletin 60/61, 2002).

Die vierte Perspektive ist die schwierigste, obwohl die Sache zunächst eher easy klingt. Hier geht es im Kern darum, dass Pädagoginnen und Pädagogen durch behutsames Handeln Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, dass sie möglichst selbständig neue Erfahrungen hinsichtlich ihrer Handlungsmöglichkeiten machen. Im Mittelpunkt stehen dabei ganz alltägliche Situationen. In unserem Projekt hat es sich als schwierig herausgestellt, die für eine empirisch fundierte Interpretation notwendigen, sehr dichten Situationsbeschreibungen zu bekommen. Das ist schade, denn dieser Ansatz, der von BURKHARD MÜLLER und seinen Mitarbeitern entwickelt wurde, setzt unmittelbar am Alltag in den Einrichtungen an. Aber hier muss wohl doch noch einiges gelernt werden. Ausführlich entwickelt

haben MÜLLER u. a. diesen Ansatz im Rahmen eines Forschungsprojekts, dessen Ergebnisse sehr anschaulich in dem Buch „Wahrnehmen können, Jugendarbeit und informelle Bildung“ (MÜLLER u. a., Freiburg 2005) dargestellt werden. Theoretisch weiterentwickelt wurde es in einer weiteren Publikation, die 2007 erschienen ist (CLOSS, PETER u. a., Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit, Wiesbaden 2007).

Eigentlich ...

So gesehen müsste es also die Offene Kinder- und Jugendarbeit geschafft haben, in den letzten Jahren ihr Dasein als Steinbruch hinter sich zu lassen, an den sich Finanzpolitiker bei leeren Kassen regelmäßig erinnern. Vor zwanzig Jahren wurde ihr Status in den einschlägigen Gesetzen deutlich aufgewertet, viele Hausaufgaben wurden gemacht. Qualitätsentwicklung und Bildung stehen als Beispiel dafür, dass sich Kinder- und Jugendarbeit seither weiter professionalisiert hat. Für diesen Professionalisierungsprozess stehen einige anspruchsvolle konzeptionelle Ansätze, die auch empirisch fundiert wurden. In den politischen Debatten dieser zwanzig Jahre (z. B. „Output“, Bildungsdebatte) wurden auch aus der Praxis heraus eine ganze Reihe durchaus kluger Antworten entwickelt. Natürlich muss eingeräumt werden, dass all dies die Praxis nicht in der gewünschten Breite erreicht hat. Und, wie die brandaktuelle Finanzdebatte zeigt, letztlich auch nicht die Politiker, zumindest nicht deren Mehrheit.

Steinbruch Kinder- und Jugendarbeit

Warum wundern wir uns eigentlich?

Es gibt wohl niemand, der im Moment einen fundierten Überblick darüber hat, was hier in den einzelnen Regionen unserer Repu-

blik eigentlich passiert. Den haben wir nur, was die Vergangenheit betrifft. Erinnern wir uns: Bereits 2004 gab es massive Kürzungen bei den öffentlichen Haushalten und den Zuschüssen für die Offene Jugendarbeit. In Nordrhein-Westfalen wurde eine Volksinitiative gestartet, mit der die Streichung der Landeszuschüsse verhindert werden konnte. Die Hamburger Kolleginnen und Kollegen beklagten die „Streichwut“ ihres Senats, für den Osten der Bundesrepublik stellten TITUS SIMON und TORSTEN BOECK eine seit längerem andauernde schleichende und trotzdem spürbare Einschränkung der Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit fest. In Sachsen drohte die Offene Kinder- und Jugendarbeit ebenfalls „den Bach runter zu gehen“ (vgl. dazu Offene Jugendarbeit, Sonderheft 2, 2004). Die Headline der bayrischen Kollegen in jenem Heft der „Offenen Jugendarbeit“ lautete: „Massenproteste der Jugendarbeit in Bayern wenden verheerende Kürzungspläne der Bayerischen Staatsregierung ab“.

Die amtlichen Daten bestätigten damals schon diese Aufschreie von „Lobbyisten“ zumindest in der Tendenz. JENS POTHMANN von der Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik stellte fest, dass es der Kinder- und Jugendarbeit nach Jahren der Expansion jetzt möglicherweise ans Leder gehen wird.

„Erstmals seit der regelmäßigen statistischen Erfassung von Einrichtungen und Beschäftigten in diesem Feld ist nunmehr ein rückläufiger Trend zu konstatieren. Auch die jüngsten Entwicklungen bei den Ausgaben der ‚Öffentlichen Hand‘ signalisieren eine ähnliche Tendenz, deuten darauf hin, dass trotz oder gerade wegen einer vor allem durch die PISA-Ergebnisse ausgelösten Bildungsdebatte ... weniger bzw. zumindest nicht verstärkt in die außerschulische Jugendbildung investiert wird. ...

Für den Westen der Republik deutet derzeit noch einiges auf eine Konsolidierung der über

Jahrzehnte entstandenen Infrastruktur hin. Zwar ist seit Ende der 1990er Jahre die Zahl der Einrichtungen und die der Beschäftigten rückläufig, doch erstens ist dieser Trend weit weniger deutlich ausgeprägt als in Ostdeutschland, und zweitens zeigt sich das Volumen der finanziellen Aufwendungen der Öffentlichen Hand noch vergleichsweise stabil. ...

Für den Osten Deutschlands hingegen stehen die Zeichen eher auf Kollaps, denn auf Konsolidierung. Deutliche Belege hierfür sind nicht nur Rückgänge bei den Beschäftigten und dem Stellenvolumen von 16% bzw. 18%, sondern vor allem auch die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben seit Mitte der 1990er Jahre. Allein diese wenigen Zahlen machen deutlich, dass die neu aufgebaute Infrastruktur in Ostdeutschland zumindest in Teilen, wahrscheinlich aber sogar flächendeckend zur Disposition steht.“ (POTHMANN, JENS: Zwischen Konsolidierung und Kollaps. Infrastruktur Kinder- und Jugendarbeit im Spiegel amtlicher Daten. In: Offene Jugendarbeit, Sonderheft 2, 2004, S. 37–45)

Drei Jahre später, im Herbst 2007, stellte POTHMANN fest, dass sich inzwischen auch in den westlichen Bundesländern ein Abwärtstrend entwickelt hat, dass der Kinder- und Jugendarbeit möglicherweise auch hier das Schicksal droht, das er für die ostdeutschen Bundesländer Jahre zuvor prognostiziert hat.

„Es ist gleichwohl zu befürchten, dass sich der abzeichnende Abwärtstrend dynamisiert und insgesamt zu einer Trendwende und einem möglicherweise radikalen Abbau der Kinder- und Jugendarbeit respektive einer ‚Zerschlagung‘ eines Teils der Infrastruktur für Kinder und vor allem für Jugendliche im Bildungs- und Freizeitbereich führt. Ob dies jedoch eintreffen wird, scheint derzeit kaum vorhersagbar, zumal ganz unterschiedliche Faktoren hierauf einen Einfluss haben werden.“ (POTHMANN, JENS. Zur Datenlage: Die aktuelle Situation der Kinder- und Jugendarbeit – Baden-Württemberg im Länderver-

gleich. In: Offene Jugendarbeit, Heft 1/2008, Seite 2–18)

Diese Entwicklungen bringt er in einen Zusammenhang mit den demografischen Entwicklungen. Er prophezeit weiter wachsende Legitimationsprobleme und rät der Kinder- und Jugendarbeit, in den oben dargestellten Bemühungen – Qualitätsentwicklung und Vermessung des Arbeitsfelds (Topographie) – nicht nachzulassen, sondern sie zu verstärken. Nur eine solche „Selbstvergewisserung“ könne eine Basis schaffen, diese Debatten im Interesse der Kinder und Jugendlichen zu überstehen.

„Nach diesem Exkurs zur Demografie scheint es auch angesichts der zu erwartenden Veränderungen im Bevölkerungsaufbau unserer Gesellschaft eher wahrscheinlich, dass die die Kinder- und Jugendarbeit ständig begleitenden Diskussionen und politischen Debatten um Legitimation und Auftrag, aber auch den Erträgen und Wirkungen eher zu- als abnehmen werden. Vor diesem Hintergrund ist – und die hier vorgelegte Standortbestimmung respektive quantitative Vermessung für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg wäre hier sicherlich einzuordnen – im Sinne des Elften Kinder- und Jugendberichts eine kontinuierliche empirische Selbstvergewisserung, eine Sozialberichterstattung zur Kinder- und Jugendhilfe und ihren Arbeitsfeldern sowie den Lebenslagen von jungen Menschen und deren Familien unverzichtbar (vgl. auch Deutscher Bundestag 2002, S. 94ff.). Unablässig aber nicht etwa nur deshalb, um für die ‚politischen Graben- und Verteilungskämpfe‘ in Zeiten von erheblichen Entwicklungen und Veränderungen in den Sozial- und Bildungssystemen angemessen gewappnet zu sein, sondern auch, um das eigene Profil als Bildungs-, Erziehungs- und Sozialisationsinstanz zu schärfen.“ (a.a.O.)

Nun sind die Daten, auf die sich Kollege POTHMANN hier stützte, schon etwas angeschimmelt, wesentlich neuere liegen aller-

dings nicht vor, zumindest sind sie noch nicht abschließend ausgewertet. Ein erster Vergleich ergibt jedoch folgendes Bild:

- ▶ Die Zahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit (nicht nur „offene“ Einrichtungen) hat zwischen 2002 und 2006 von 17.372 auf 17.966 zugenommen.
- ▶ Bezogen auf jeweils 10.000 12 bis 21-Jährige waren in diesen Einrichtungen 2002 48 Personen beschäftigt, 2006 dagegen nur noch 47. Insgesamt bedeutet dies einen Rückgang um gut 2.500 Beschäftigte.
- ▶ Die öffentlichen Ausgaben sind in dieser Zeit von 149.– € pro 12 bis 21-Jährigem auf 161.– € gestiegen.

(Quelle: Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik – www.akjstat.uni-dortmund.de)

Dies signalisiert zumindest teilweise eine Trendwende. Allerdings müssen höhere Kosten und v.a. auch die Einführung des „neuen kommunalen Finanzmanagements“ berücksichtigt werden. Wo man früher schnell mal einen LKW vom städtischen Bauhof bekam, dem Fahrer vielleicht noch eine Flasche Bier spendierte, werden die Kosten für einen solchen Einsatz heute verrechnet. Aus manchen Kommunen hört man, dass inzwischen horrend Summen mit der städtischen EDV-Abteilung verrechnet werden. Allerdings wurden die Haushaltsansätze der Kinder- und Jugendarbeit keineswegs angehoben. Hinzu kommt, dass man die in der Regel gar nicht braucht. Oder der neue Computer muss teuer über eine zentrale Beschaffungsstelle angeschafft werden, anstatt auf ein Schnäppchen beim örtlichen Händler zu warten, der dem Jugendhaus vielleicht sogar noch einen Rabatt einräumt.

Ein kaum zu überschätzender Aspekt, der für kräftige reale Kürzungen im Bereich der freizeitpädagogischen Arbeit spricht, ist, dass

vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunehmend „fremde“ Aufgaben zugewiesen werden. So sollen sie aufsuchende Arbeit machen, die dann kommunalpolitisch als „Streetwork“ oder gar „Mobile Jugendarbeit“ verkauft wird. Oder sie sollen die Zusammenarbeit mit den Schulen oder schulnahe Angebote (z. B. Hausaufgabenhilfe) intensivieren, teilweise drängt es Kollegen selbst dorthin. Das alles ist keineswegs schlecht und sinnlos. Trotzdem muss klargestellt werden, dass diese zusätzlichen Aufgaben Zeit kosten. Und ohne eine entsprechende Ausweitung der Ressourcen, ohne höhere Haushaltsansätze, bedeutet dies eine reale Kürzung der freizeitpädagogischen Arbeit in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Hinzu kommen Einschränkungen bei Fortbildungen, Supervision etc., wo schon vor der Kürzungswelle ab 2004 ein erheblicher Nachholbedarf bestand (vgl. oben)

Niemand weiß etwas Genaues über den Umfang all dieser (gar nicht so sehr) versteckten Kürzungen. Was man aber hört, was offensichtlich landab, landauf so passiert, lässt einen schauern. Völlig klar ist, dass diese Entwicklungen am Ende die Argumente dafür liefern werden, die Offene Kinder- und Jugendarbeit noch weiter einzuschränken. Denn eine schlecht ausgestattete offene Arbeit ver-

liert schnell an Attraktivität für die Kinder und Jugendlichen.

Wir hätten es also wissen müssen

Was aktuell bei den Haushaltsberatungen in einigen Regionen der Republik geschieht, hätte uns so gesehen also kaum überraschen sollen. Wie die Diskussionen enden werden, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass in Sachen ein Flächenbrand droht (vgl. den Beitrag in diesem Heft), und dass es in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg zumindest in einigen Kommunen zwar heftig zur Sache geht, dass sich die Sparkommissare aber längst nicht überall durchsetzen können.

Dazu einige Beispiele

Beispiel Mannheim:

In Mannheim, einer Stadt mit uralter Tradition in Sachen Offene Kinder- und Jugendarbeit, stellte der OB Ende Dezember 2009 sein „Haushaltsstrukturprogramm 2013“ vor. Gedacht war es als großer Wurf, um die drohende Pleite von der Stadt abzuwenden (gemeinsam mit Ludwigshafen der siebtgrößte Wirtschaftsstandort in der BRD). Vorgeschlagen wurde in diesem Programm auch eine deutliche Reduzierung des Personals der kommunalen Mannheimer Jugendhäuser (Herabstufung vom Jugendhaus zum Jugend-



treff), die Schließung der „Spiellotheken“ und die Beerdigung der „Fachstelle Mädcheninteressen“. Gleichzeitig sollte das Angebot an Ganztageschulen ausgebaut werden und die Reste der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sollten sich im Schulalltag belebend bemerkbar machen.

Es hagelte öffentliche Proteste. Eltern, Kinder und Jugendliche demonstrierten für den Erhalt der Jugendhäuser, der Stadtjugendring sah in den Plänen des Stadtoberhauptes einen „irreparablen Kahlschlag für die außerschulische Jugendbildung insgesamt. Über Jahrzehnte aufgebaute Strukturen derart aufs Spiel zu setzen, ist schon sehr kurzsichtig und wird sich später bitter rächen.“

(Rundbrief SJR Mannheim).

Für die Aufständigen war klar, dass die Jugendhäuser dringend benötigt werden, einmal um Kinder und Jugendlichen bei ihrer Lebensbewältigung zu unterstützen, zum anderen aber auch, um Bildungsangebote zu machen, die so von der Schule nicht organisiert werden könnten.

„Das ausgebreitete Zukunftsszenario: Aus derzeit zwölf Vollzeitstellen (in einem der Jugendhäuser, B.F.) würden sechs werden; die Gebäude, in denen sich die Jugendhäuser befinden, sollen, anderen Nutzungen‘ zugeführt werden“. Weitere Konsequenzen: die Teilschließung der Jugendhäuser, nachmittägliche und abendliche Öffnungszeiten würden eingeschränkt, Wochenendveranstaltungen fielen aus oder würden zu einer Ausnahme. Angebote wie der Mittagstisch für Bedürftige, Hausaufgabenbetreuung, das Sprechen über Probleme mit der Schule, Freunden, Geschwistern und Eltern könnten nicht mehr gewährleistet werden. Auch Bildungs- und Kulturangebote, wie die Teilnahme an Tanzgruppen, Gesangsausbildungen und das Erlernen des Umgangs mit modernen Medien fielen flach. Aufklärungsarbeit in Bezug auf Drogen und Alkohol, die ohne die Autorität der schulischen Institution von den Heran-

wachsenden oft eher akzeptiert wird, müsste ausfallen.

Was sich für Außenstehende als eine geeignete Prävention von Jugendkriminalität und -gewalt darstellt, ist für die betroffenen Jugendlichen freilich weit mehr. ‚Wir brauchen unsere Jugendhäuser, weil sie uns so viele Möglichkeiten eröffnen‘, sagt die 19-jährige DOMINIQUE MILLER ...“

(Mannheimer Morgen, 27. 1. 2010)

In einem Offenen Brief an die Gemeinderäte bemühte sich der Stadtjugendring, diesen Bildungsaspekt noch einmal zu erläutern.

Qualität und Vielfalt der Jugendarbeit in Mannheim erhalten!

Sehr geehrte Gemeinderäte, mit Entsetzen haben wir, der Stadtjugendring und seine 27 Mitgliedsverbände, die Einsparvorschläge des Oberbürgermeisters im Bereich der Jugendförderung für die kommenden Doppelhaushalte zur Kenntnis genommen.

Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise, die auch an Mannheim nicht spurlos vorübergeht, waren wir fest davon überzeugt, dass die Verwaltungsspitze Vorschläge präsentiert, die mit nachhaltigen Investitionen in Mannheims Zukunft, nämlich in Kinder und Jugendliche, verbunden ist.

Leider ist das Gegenteil der Fall.

Zwar sollen Schulen noch mehr finanzielle Mittel erhalten, der kleinere, aber nichts desto weniger überaus erfolgreiche Bündnispartner Jugendarbeit soll dagegen ausgehöhlt werden. Damit werden die Leitziele von mehr Bildungsgerechtigkeit und größeren Integrationserfolgen ad acta gelegt, denn ohne ein eigenständiges Bildungsangebot kann Jugendarbeit seinen gesetzlichen Auftrag zur Förderung der Entwicklung junger Menschen, wie er im § 11 des SGB VIII formuliert ist, nicht erfüllen.

Wer koordiniert etwa die Stadtteilarbeit, wenn das Jugendhaus zum Jugendtreff de-gradiert wird? Wer öffnet Jugendlichen nach 17 Uhr noch die Tür, bietet Projekte, persönliche Gespräche oder einfach nur eine bezahlbare Aufenthaltsmöglichkeit an?

Wo erlernen Kinder und Jugendliche sog. Soft-Skills, wo entdecken und entwickeln sie ihre Persönlichkeit, wenn Gruppenstunden, Freizeiten und Gemeinschaftserlebnisse nicht mehr stattfinden können?

Wo können sich die Bürgerinnen und Bürger noch Tisch- und Brettspiele ausleihen, die das Familienleben bereichern und als Kontrast zu elektronischem Spielzeug enorm wichtig sind, wenn es die Spielotheken nicht mehr gibt?

Wer richtet einen differenzierten Blick auf die unterschiedlichen Lebenssituationen und Entwicklungsvoraussetzungen von Mädchen und Jungen, wenn die Fachstelle für Mädcheninteressen gestrichen wird?

Diese wenigen Beispiele machen deutlich, wohin die schwerwiegenden Einschnitte führen werden. So werden wir das Ziel, die kinder- und familienfreundlichste Stadt Deutschlands zu werden, weit verfehlen. Wenn Mannheim eine Zukunftsperspektive für Familien bieten will, dann muss diese Stadt in die Jugendarbeit investieren, statt sie zu schröpfen. ...

... Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch darauf, zu emanzipierten und eigenständigen, sozialen und politisch interessierten Persönlichkeiten heranzuwachsen.

Dazu wird neben guten Schulen auch eine funktionierende, attraktive Kinder- und Jugendarbeit benötigt. Denn Jugendarbeit gleicht zum großen Teil die Selektion durch Schule aus und bietet jungen Menschen die Freiräume, die für ihre Entwicklung unerlässlich sind. Hier die Axt anzusetzen wird sich bitter rächen, denn nicht die Jugendarbeit, sondern deren Minimierung wird später unbezahlbar sein! ...

Augenhöhe herstellen!

„Die Leistungen der außerschulischen Jugendbildung sind zweifellos überall anerkannt, und so sollen in Zukunft auch die Schulen verstärkt von der hohen Kompetenz profitieren. Wie soll das funktionieren, wenn man die Jugendarbeit ihrer Handlungsspielräume beraubt, ihr die Möglichkeit nimmt, flexibel und kompetent auf gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren?“

Wenn das System Schule zum Wohle der Kinder und Jugendlichen von den Qualitäten der Jugendarbeit profitieren will, dann braucht sie einen starken Partner.“

(SJR Mannheim, Offener Brief, 27.1.2010; vgl. dazu auch die Stellungnahme der AGJF Baden-Württemberg, auszugsweise in diesem Heft oder unter www.agjf.de)

Der OB versuchte mit einer Stellungnahme zu kontern und begründete noch einmal, warum er die frühkindliche Erziehung und die Schule weitaus höher einstuft, als die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Deshalb müssten gerade unter dem Aspekt der „Bildungsgerechtigkeit“ die knappen Mittel in diese Bereiche fließen.

Lebensort Schule im Mittelpunkt einer optimierten kommunalen Bildungslandschaft. Bildungsgerechtigkeit bleibt vorrangiges Ziel.

Einige Diskussionen der letzten Wochen drehen sich um die Frage, ob der Jugendarbeit im Haushaltsentwurf der Stadt genügend Beachtung geschenkt wird. Auch wird das Verhältnis von Schule und Jugendarbeit problematisiert. Zu dieser Debatte habe ich ausführlich Stellung genommen. Auszüge gebe ich hier wieder:

„Ich halte es für dringend angezeigt, trotz der für den städtischen Haushalt gravierenden Folgen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise weiterhin in Bildung zu investieren. Der von mir eingebrachte Haushaltsplanentwurf 2010/2011 unterstreicht dies, investieren

wir doch in den nächsten zwei Jahren 10,5 Millionen Euro netto (d. h. Ausgaben minus Einnahmen) mehr im Verwaltungshaushalt des Jugendamtes in den Bereich Bildung und Erziehung, ergänzt durch 11,5 Millionen Euro zusätzlicher Mittel im Investitionshaushalt zur Schaffung zusätzlicher Einrichtungen im Elementarbereich zur Betreuung, Bildung und Erziehung Mannheimer Kinder. Angesichts der Tatsache, dass wir in 2010 ca. 50 Millionen und in 2011 ca. 60 Millionen Euro Wenigereinnahmen haben werden (derartige Ausfälle sind in der Geschichte der städtischen Haushaltswirtschaft einmalig), bedeutet dies eine starke Priorisierung des Erziehungs- und Bildungsbereichs allein mit Mitteln der Kinder- und Jugendhilfe. Erwähnen will ich nur, dass auch an anderen Stellen des Haushaltes in Bildung und damit in Kinder und Jugendliche kräftig investiert wird. Es wird also nicht gekürzt, sondern es werden in erheblichem Umfang zusätzliche Mittel bereitgestellt!

Dass es mir dabei vor allem auf eine stärkere Beachtung der Bildungsgerechtigkeit ankommt, machen die Investitionen gleichfalls deutlich. Mit einem Ausbau der frühen Hilfen, mit einer Quote bei der Vergabe von Krippenplätzen zugunsten von Kindern aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien und mit dem Bemühen um das Schaffen einer konsequent geknüpften Bildungskette, für die individuelle Nachhaltigkeit ein wesentliches Prinzip ist, weisen wir in besonderer Weise aus, dass für uns die Frage von Bildungsgerechtigkeit an vorderster Stelle steht und Lösungen zu diesem Aspekt vorrangige Priorität haben. Hierbei ist bei den präventiven Ansätzen das Prinzip der Frühzeitigkeit ganz wesentlich. Wenn 30% der Schülerinnen und Schüler bei der Einschulungsuntersuchung einen besonderen Förderbedarf aufweisen, dann ist es bereits zu spät, erst dann über Bildungsgerechtigkeit zu sprechen. Es muss gelingen, schon zu diesem Zeitpunkt die Förderung von Kindern so erfolgreich begonnen zu haben, dass sie zu Beginn

des entscheidenden Lebensabschnitts in der Schule vergleichbare Chancen haben, zumindest was das grundsätzliche „Mitkommen“ in der Schule anbelangt.

Für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, einen gestaltbaren Raum zu haben, den sie für ihre Interessen und Ideen nutzen können und in dem sie Wertschätzung und Anerkennung finden. Genau diesen Raum muss Schule geben. Dies zu erreichen, muss daher unser vorrangiges Bemühen sein. Hier auf die Notwendigkeit weitreichender Reformen des schulischen Bildungsangebots zu verweisen, ist grundsätzlich nicht falsch, kann aber angesichts des akuten Handlungsbedarfs und der Landesschulpolitik vieler vergangener Jahre in Baden-Württemberg trotz langjähriger Forderungen nach durchgreifenden Schulreformen lediglich als ein allgemeiner Hilferuf und nicht als ein konkreter, politisch weiterführender Vorschlag verstanden werden. Ich bin der Auffassung, dass in den Schulen dringend etwas geschehen muss. Bei der Verantwortung der Stadt Mannheim für ihre Kinder und Jugendlichen sehe ich daher uns als Stadt in der Pflicht, stärker unsere Angebote und Leistungen an den Ort zu bringen, an dem die Kinder sich befinden – an ihren Lebensort Schule. Und wenn die Situation dort reformbedürftig bis schlecht ist, so ist eine solche Vorgehensweise umso dringlicher! Es kann nicht Ziel sein, anstelle einer „schlimmen“ Schule einen „Ausgleichsort“ außerhalb der Schule zu schaffen, sondern die Veränderungen müssen dort einsetzen, wo die Problemlagen identifiziert werden. Und es geht aus meiner Sicht auch nicht darum, welcher Bildungsort mehr leisten kann oder leistet, sondern welcher Bildungsort entscheidende Bedeutung für die Biografien unserer Kinder und Jugendlichen hat. Dies ist ohne Zweifel die Schule, an der sich alle Kinder und Jugendlichen befinden. Schule ist der Ort, an dem entwicklungsindividuell der Förderprozess gestaltet werden kann und gestaltet werden muss. Denn hier werden

die entscheidenden Weichen für die Zukunft der jungen Menschen gestellt. Selbstverständlich gibt es auch in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wie auch in sonstigen Institutionen wie Vereinen und Verbänden wertvolle Potenziale und Kompetenzen für die Förderung von Kindern und Jugendlichen. Diese gilt es zu nutzen und dafür Sorge zu tragen, dass sie möglichst vielen Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Deshalb sollten diese Angebote verstärkt auch in der Schule zum Einsatz kommen. Es muss uns gelingen, Schule als einen Ort der Bildung und Erziehung zu gestalten, an dem Kinder und Jugendliche sich gerne aufhalten und bei ihrem Aufenthalt viel für ihre persönliche Entwicklung profitieren. Die Lehrerinnen und Lehrer bedürfen unserer tatkräftigen Unterstützung, um dem Bildungs- und Erziehungsauftrag in unserer Zeit gut gerecht werden zu können. Für das Leben außerhalb der Schule sind unter anderem auch die Angebote der Offenen Jugendarbeit von großer Bedeutung. Daher habe ich auch nicht die Schließung von Jugendeinrichtungen vorgeschlagen.

Ich halte es für angezeigt, dass wir verstärkt über die Strukturen des Aufwachsens in öffentlicher Verantwortung nachdenken und darauf hinarbeiten, wie wir ein vielfältiges, aber auf der Grundlage einer Gesamtkonzeption beruhendes Angebot von Bildung, Erziehung und Betreuung gestalten und damit eine optimierte kommunale Bildungslandschaft erreichen. Andere Länder sind uns in dieser Entwicklung schon ein Stück voraus.“

12.2.2010

www.ob-peter-kurz.de/ausgabe_archiv.php

Trotzdem erhielt die Jugendarbeit immer mehr Unterstützung von Parteien und auch von Bezirksbeiräten, und im Laufe des Februars zeichnete sich ab, dass es für Kürzungen in diesem Umfang keine Mehrheit im Gemeinderat geben würde. Druck übte auch die Öffentlichkeit aus, selbst die Polizei äußerte ihr „Unverständnis“ zu den vorgeschlagenen Kürzungen.

Auch die lokale Presse gab Schützenhilfe, in einem Kommentar wurde der OB quasi als Pyromane verdächtigt: Wer die Jugendhäuser platt macht, „spielt mit dem Feuer“.

Gefährlicher Weg:

„Die vom Oberbürgermeister angepeilten Kürzungen bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit stoßen zu Recht auf Widerstand. Schließlich geht es dabei ums Ganze. Nur mit Mühe halten sich die Einrichtungen über Wasser, sind vor allem die Jugendhäuser in letzter Zeit kontinuierlich ausgedünnt worden. Jetzt droht ihnen das Aus und damit das Ende der Arbeit, die auf Vertrauen fußt, das über Jahre gewachsen ist. Die OB-Pläne zielen da besonders auf die Stadtteile und dort wiederum auf die jungen Menschen, die nicht unbedingt von der Schule aufgefangen werden: sprich auf Migrantenkinder, deren Anteil weiter wächst, und sozial Benachteiligte, Bildungsferne, wie sie im Fachjargon heißen, erleben in den Zentren, was ihnen anderswo versagt bleibt: gezielte Hinwendung, Anerkennung, persönliche Wertschätzung, Gruppenarbeit, wie beispielsweise im Jungbusch die creative factory, stärkt den Zusammenhalt, trägt zum sozialen Frieden bei. Waldpforte, Schönau, Erlenhof, Hochstätt, Herzogenried, Vogelsang – wer hier die Axt anlegt, spielt mit dem Feuer.“

Die Schulen, das hat die Landeselternbeiratsvorsitzende in dieser Woche klar gemacht, sind für diese aufwendige Integrationsleistung mit individueller Förderung der Kinder bisher nicht gerüstet. Sie kommen kaum selber mit den an sie gestellten Anforderungen zurecht. In Mannheim sollte man sich ein Dahinsiechen der guten, offenen Jugendarbeit keineswegs leisten.“

(Kommentar, Mannheimer Morgen, 30.1.2010)

Anfang März konnte der Stadtjugendring in seinem Rundbrief seine Mitglieder davon unterrichten, dass die Aktionen gegen die Kürzungen im Bereich der Offenen Kinder- und

**Die Stadtverwaltung Leonberg will
ab dem 1. Oktober 2010 alle
Jugendhäuser in Leonberg schließen.**



Wir pfeifen Euch was!

**Rettet die Beat Baracke, das Siesta,
das Kinder- und Jugendhaus
Höfingen, die Werkstatt 13 und den
Treff Warmbronn! Setzt mit uns ein
lautstarkes Zeichen!**

Was: Montagsdemo/Pfeifkonzert
Wo: vor dem Leonberger Rathaus
Wann: Montag, 15. März 16.30 Uhr
Wie: Trillerpfeifen sind willkommen!



**Jugendhaus
Leonberg e.V.**

Verein
für
Jugendhilfe



**WALD
HAUS**

Jugendarbeit Erfolg hatten. Der Gemeinderat hatte die Vorschläge der Verwaltung „zum größten Teil“ mehrheitlich abgelehnt. Das sei aber kein Anlass, das Thema Schule – Jugend-

arbeit zu den Akten zu legen. Man könne nicht davon ausgehen, dass die Verwaltungsspitze überzeugt worden sei, die „deutliche Verschiebung der Förderung hin zur Schule und weg

von der außerschulischen Jugendbildung“ sei unverkennbar. Ein „Grund mehr, verbindliche Regeln für eine Zusammenarbeit zu definieren“.

Beispiel Bad Säckingen:

Mannheim ist kein Einzelfall in Baden-Württemberg. In Bad Säckingen wird aktuell ein Vorschlag der CDU-Fraktion zu „Einsparungen bei Verwaltung, Kultur und Wohlfühlleistungen“ diskutiert. Dazu wird auch das Jugendhaus gezählt, das dicht gemacht und verkauft werden soll.

(Südkurier, 24. 4. 2010).

Beispiel Leonberg:

Dem Verein Jugendhaus Leonberg, seit über 30 Jahren der Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in dieser Stadt im aktuell etwas abgemagerten Speckgürtel von Stuttgart, flatterte Anfang März der Vorschlag der Verwaltungsspitze auf den Tisch, alle fünf Einrichtungen zum 1. 10. 2010 zu schließen. Dabei war 2005 in ihrem Auftrag in einer groß angelegten Studie der Bedarf für die offene Arbeit „umfassend ermittelt und ‚offiziell‘ festgeschrieben“ worden (Pressemitteilung Jugendhaus Leonberg e. V., 7. 3. 2010).

Auch in Leonberg zeigte sich Wahrheit des alten Spruchs: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Nach massiven Protesten erklärte sich die Verwaltung bereit, mit dem Träger Gespräche über Einsparmöglichkeiten zu führen. Was dabei herauskommt muss abgewartet werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Leonberger Stadtväter und -mütter dem NPD-Kreisrat JANUS NOWAK keinen Gefallen tun, denn der freut sich via Internet über die bevorstehende Schließung dieser „Brutstätten antideutscher Agitation“.

Weniger drastisch geht es in anderen Gemeinden oder auch Landkreisen in Baden-Württemberg zu. Dort wurden „bloß“ 10% der Zuschüsse bzw. Haushaltsansätze gestrichen, oder das Jugendhaus muss mit ei-

ner halbjährigen Wiederbesetzungssperre bei frei werdenden Stellen zurecht kommen. Wer aber weiß, wie prekär die Situation in vielen Kommunen seit dem letzten Streichkonzert 2003/04 ist, den vermag das „bloß“ wohl kaum aufzuheitern. Zudem häufen sich die Nachrichten, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusätzliche Aufgaben zugemutet werden (Schule, Streetwork), was, wie schon erwähnt, ebenfalls zu spürbaren Einschränkungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit führt.

Beispiel Duisburg:

Wenig Trost bieten auch die Nachrichten aus einigen anderen Bundesländern. Ähnlich wie in Mannheim hat z. B. die Verwaltung in Duisburg die Bezirksregierung im Nacken. Anfang des Jahres wurde ein „Haushaltssanierungskonzept“ vorgelegt, dem nach einer Meldung der Rheinischen Post voraussichtlich jedes dritte Jugendzentrum zum Opfer fallen sollte. Aus der Sicht der Tageszeitung ist dies kein allzu kluger Plan. Sie kommentiert mit Alt-Duisburger GÖTZ GEORGE (SCHIMANSKY) als Kronzeugen: „Zu welchen gewalttätigen Ausfällen gelangweilte Jugendliche fähig sind, zeigt am Mittwochabend ein Film mit GÖTZ GEORGE in der ARD. Noch gibt es keine derartige Milieubeschreibung wie in Berlin in Duisburg. Aber die anstehenden Sparmaßnahmen im städtischen Haushalt im Bereich Jugendhilfe könnten die Lage durchaus verändern.“ (RP-Online, 20. 1. 2010)

Widerstand aus Kreisen der Kinder- und Jugendarbeit regte sich in Duisburg zunächst nur zögerlich, obwohl 2010 immerhin 10% der Mittel gekürzt werden sollten, 2011 noch einmal fast 30%, insgesamt drei Millionen Euro. Mitte Februar rafften sich aber etwa 400 Kinder, Jugendliche und Väter auf und zogen pfeifend und skandierend vor das Rathaus. Der Stadtjugendring hatte zu der Demo aufgerufen, unterstützt von den Wohlfahrtsverbänden und einzelnen freien Trägern. Anfang März

lehnte dann der Jugendhilfeausschuss auf Antrag des Jugendrings bei einer Enthaltung das Haushaltssanierungskonzept ab.

Den untergeordneten Status dieses Ausschusses im Blick, wurde für den 22. 3., dem Tag der Haushaltsberatungen im Stadtrat, zu einer weiteren Demo in Sichtweite der Ratsmitglieder aufgerufen. Mit Erfolg, das Konzept fiel – vorläufig – durch.

„Duisburg. (RPO) Das von den Dezernenten und dem Oberbürgermeister erarbeitete 160-Millionen-Sparpaket ist in wichtigen Teilen abgelehnt worden. Im Stadtrat fand sich eine Mehrheit für eine höhere Gewerbesteuer.

Ab Dienstag wird über das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Duisburg entschieden – nicht im Rat, sondern bei der Bezirksregierung in Düsseldorf. Denn ihr muss Stadtkämmerer DR. PETER LANGNER das geänderte Programm vorlegen. Wie die Kommunalaufsicht entscheidet, vermochte gestern im Rathaus keiner vorherzusagen. Dass ihr das neue Sparprogramm zusagt, ist möglich. Ebenso denkbar ist aber auch, dass die Bezirksregierung die Erhöhung der Gewerbesteuer begrüßt und weiterhin darauf besteht, dass sämtliche freiwillige Leistungen unterbleiben.“

(RP-Online, 22. 3. 2010)

Auch hier muss aktuell auf das Prinzip Hoffnung verwiesen werden. Genährt werden könnte die durch den Bescheid der Bezirksregierung, dass die diesjährige Loveparade in Duisburg stattfinden darf, schließlich zeigt das zumindest Toleranz. Allerdings gab es diese Genehmigung nur deshalb, weil die Stadt Duisburg nachweisen konnte, dass dieser Event ihren Haushalt mit keinem müden Cent belastet. Bei der Jugendarbeit dürfte ihr dies dummerweise schwerfallen.

Vielleicht wissen wir es jetzt ...

Wir hätten es wissen müssen, dass die nächste Sparwelle auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit zurollt, auch wenn man kaum jemand den Vorwurf machen kann, wenn er

nicht vorhergesehen hat, welches Ausmaß sie annehmen wird. Immerhin gilt dies angeblich auch für unsere Top-Banker und selbst für den inzwischen (aus anderen Gründen) ausgetauschten Finanzminister in Berlin.

Immerhin bleibt festzustellen, dass es den kühlen Rechenkünstlern in den Rathäusern schwerfällt, die Offene Kinder- und Jugendarbeit einzudampfen. Vor Ort hat die Offene Kinder- und Jugendarbeit inzwischen ganz offensichtlich ihre Lobby. Aber ob sich diese überall durchsetzt hat oder durchsetzen wird, ist zweifelhaft. Bedrohlicher bleibt die Sache allerdings dort, wo ein Landtag mit einem Beschluss den Rasenmäher in Gang setzen kann (vgl. den Beitrag zu Sachsen in diesem Heft). Die Lage bleibt also auch in Zukunft labil.

Die Antwort auf die Frage, wie sich diese in Zukunft stabilisieren lässt, bleibt schwierig. Zumal die Argumente unserer Lobbyisten, wie wir sie oben zitiert haben, teilweise etwas hemdsärmelig sind. Niemand kann wirklich behaupten, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit z.B. Jugendkriminalität spürbar eindämmt. Vermutlich oder fast sicher stimmt dies für die eine oder andere Sachbeschädigung oder Schlägerei. Aber darüber hinaus? In Bereichen, wo es wirklich deftig wird? Zweifel sind angebracht. Und mit Versprechungen zu operieren, die man letztlich nicht einhalten kann, mag für den Augenblick hilfreich sein, hilft aber auf Dauer nicht weiter.

Jede Jugendarbeiterin und jeder Jugendarbeiter hat seine Ideen, wie der Stellenwert, die Gewichtsklasse der Offenen Kinder- und Jugendarbeit verändert werden kann. Oft endet die Rede aber in Klagen über „die“ Politiker. Das hilft nicht wirklich weiter, die Offene Arbeit kann diese Menschen nicht umdrehen, sie muss sie überzeugen, im Zweifelsfall muss sie sie – im Interesse der Kinder und Jugendlichen – eben verunsichern.

Kampagnen zur Öffentlichkeitsarbeit, wie sie in den letzten Jahren Hip geworden sind,



Foto: Birgit Widmaier

sind unverzichtbar. Sie brauchen aber ein Fundament, an dem die Offene Kinder- und Jugendarbeit bis heute letztlich nicht mit ausreichender Energie mauert oder gar betoniert. Wir haben oben teilweise mit Unterstützung der Düsseldorfer Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik (POTHMANN) argumentiert, dass die Bemühungen um Qualitätsentwicklung, die Ausarbeitung einer Datenbasis, aber auch theoretisch-konzeptionelles Arbeiten verbunden mit empirischer Praxisforschung, die wiederum einhergeht mit der Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, unverzichtbar sind für ein solches Fundament. Professionalisierung i. S. von sozialwissenschaftlich fundiertem Arbeiten also.

Dieses Geschäft betreiben wir nicht mit der notwendigen Energie. Dafür gibt es viele

Gründe, v.a. Geld- und Zeitmangel. Oder die Erfahrung, dass am Ende auch das nichts genützt hat, dass die sorgfältig erarbeitete Bedarfserhebung oder Studie von einem ignoranten Bürgermeister vom Tisch gewischt wurde. Oder man ist müde geworden an der von vielen Praktikern viel gescholtenen Theorie. Aber es hilft alles nichts. Um der Offenen Arbeit im Interesse der Kinder und Jugendlichen ein tragfähiges Fundament zu geben, müssen wir uns weiter professionalisieren, das ist die einzige Chance. Und die Grundlage unserer Profession sind nicht Eventmanagement oder Öffentlichkeitsarbeit (obwohl wir das natürlich auch können müssen), sondern unsere Ausbildung als Sozialarbeiter oder Sozialpädagoge. Und die besteht nicht ohne Grund aus einem sozialwissenschaftlichen Studium.

Baden-Württemberg

Standpunkte in Mannheim

Anfang des Jahres wurden Vorschläge der Mannheimer Stadtverwaltung bekannt, die Mittel für die Offene Jugendarbeit im Doppelhaushalt 2010/2011 drastisch einzuschränken. Vorgesehen waren Kürzungen bei den Etats für Personal- und Sachkosten und die Schließung von Spielotheken, außerdem sollte die Personalstelle „Mädcheninteressen“ ersatzlos gestrichen werden. Dabei sollte keine Einrichtung geschlossen werden, laut Plan sollten die Jugendhäuser ihr Angebot reduzieren und in Zukunft als „Jugendtreffs“ firmieren.

Nachdem dieser Haushaltsentwurf bekannt geworden war, regte sich kräftiger Widerstand, getragen von der Mannheimer Jugendarbeitszene. Ins Zeug legten sich der Stadtjugendring und die Fördervereine der überwiegend kommunalen Jugendhäuser. Ein zentrales Argument der Widerständler war, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Bildungslandschaft ist, wo spezifische Leistungen vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche erbracht werden. Die Stadt wolle diese Jungen und Mädchen mit ihren Schwierigkeiten und Problemen in Zukunft offensichtlich sitzen lassen.

Solche Vorwürfe mochte der OB nicht auf sich sitzen lassen. Er hob in einer Stellungnahme hervor, dass die Stadt auch in Zeiten leerer Kassen nach wie vor kräftig in Bildung investieren will, gerade auch zugunsten dieser Kinder und Jugendlichen, die die Jugendarbeit für sich reklamieren würde. Allerdings gilt ihm die Schule und vorschulische Ein-

richtungen als der geeignetere Ort, um solche Benachteiligungen wirksam auszugleichen. Er räumt ein, dass die Schulen vor allem in Baden-Württemberg dafür nicht die allerbesten Voraussetzungen bieten würden. Das dürfe eine Kommune aber nicht davon abhalten, alles dafür zu tun, den „Lebensort Schule“ zu realisieren.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit sieht er damit keineswegs beerdigt, er kann sich auch in diesem Rahmen eine sinnvolle Aufgabe für sie vorstellen.

„Selbstverständlich gibt es auch in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wie auch in sonstigen Institutionen wie Vereinen und Verbänden wertvolle Potenziale und Kompetenzen für die Förderung von Kindern und Jugendlichen. Diese gilt es zu nutzen und dafür Sorge zu tragen, dass sie möglichst vielen Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Deshalb sollten diese Angebote verstärkt auch in der Schule zum Einsatz kommen.“

(www.ob-peter-kurz.de/ausgabe_archiv.php, 22.4.2010)

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. (AGJF) versuchte, mit einer eigenen Stellungnahme die örtlichen Jugendarbeiter und Jugendarbeiterinnen zu unterstützen. Sie verwies dort zunächst auf die Ergebnisse der erziehungswissenschaftlichen Bildungsdiskussionen der vergangenen Jahre und auf eigene Projekterfahrungen (vgl. dazu FEHRLÉN, B., KOSS, T., Bildung im Alltag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Empirische Studie, Tübingen 2009. Hrsg.: LAGO Baden-Württemberg). Ohne eine durchgreifende qualitative Reform

der Schule – so die Quintessenz – bleibt Schule mit der Aufgabe, Benachteiligungen wirksam auszugleichen, strukturell überfordert. Eine Chance auf einen solchen Ausgleich bietet nur eine vielfältig entwickelte Bildungslandschaft und eine Kultur selbstbewusster Kooperation.

„In diesem Zusammenhang muss jedoch von einer Konzentration der Maßnahmen auf den Schulbetrieb als solchen und, so ist derzeit hinzuzufügen, im Bereich der frühkindlichen „Bildung“, gewarnt werden. Sie verkennt die vielfältigen Chancen, die außerschulische Jugendbildung bietet. Der Offenen Kinder- und Jugendarbeit droht in dem ganzen Hype halblebiger Reformen der Schule sogar der Verlust ihrer Ressourcen. Dies ist angesichts der Stärken, die sie in die Bildungslandschaft einbringen kann, ein ziemlich unsinniger und kontraproduktiver Vorgang! Die verschiedenen Institutionen gegeneinander auszuspielen führt zu Verlusten in der Bildungslandschaft, die nicht aufgefangen werden können. Es gibt – z.B. unter dem Begriff „Bildungsregionen“ - durchaus Schritte, die in die richtige Richtung gehen, indem nämlich andere Bildungsinstitutionen strukturell einbezogen werden.“

(www.agjf.de, 22.4.2010)

Diese besonderen Ressourcen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die sie zu einem wichtigen Partner in solchen Bildungslandschaften macht, resultieren aus ihrem pädagogischen Grundprinzip, das HELMUT KENTLER von nahezu 50 Jahren als „radikale Freiwilligkeit“ charakterisiert hat. Anders ausgedrückt: In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind Bildungsprozesse möglich, die so in anderen pädagogischen Arrangements nicht möglich sind. Nicht weil die dort arbeitenden Pädagogen dumm oder weil diese Institutionen schlecht wären (das wäre noch einmal eine ganz andere Frage), sondern aufgrund struktureller Gegebenheiten.

„Sie (die Offene Kinder- und Jugendarbeit, B.F.) bietet einige Besonderheiten, die sie als

eigenständigen Anbieter und als Kooperationspartner für die Schule unverzichtbar machen. Sie lässt sich in drei Wirkungsbereiche einteilen:

1. Offener Betrieb
2. Bildungsangebote
3. (Kulturelle) Veranstaltungen

Im Offenen Betrieb gibt es für Kinder und Jugendliche einen gestaltbaren Raum, den sie für ihre Interessen und Ideen nutzen können. Jugendliche erlernen, für ihre Interessen einzustehen und dennoch Rücksicht auf die Interessen von Anderen zu nehmen. Bei der Umsetzung von Ideen müssen sie verantwortungsbewusst, kommunikativ und konfliktfähig vorgehen. Einen solchen Bildungsort bietet ausschließlich die Offene Kinder- und Jugendarbeit!

Bildungsangebote in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vermitteln – neben ihren inhaltlichen Aspekten, die von den Interessen der Kinder und Jugendlichen ausgehen – u. a. das Wissen über eigene Stärken und das Arbeiten im Team.

Veranstaltungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden in der Regel von Jugendlichen initiiert und mit ihnen gemeinsam geplant und durchgeführt.

Selbstorganisation und wiederum Kommunikationsfähigkeiten und Konfliktfähigkeit sind zentral.

Bei allem machen Kinder und Jugendliche Erfahrungen, die ihre Lebenskompetenz erweitern, ihre soziale Kompetenz stärken und ihre Persönlichkeit fördern. Sie lernen, dass ihr Handeln wirksam ist, erfahren Anerkennung und können diese auch weitergeben.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit richtet sich zunächst an alle Kinder und Jugendlichen und formuliert keine Bedingungen hinsichtlich Religion, Politik, Geld o. ä. In vielen Einrichtungen nutzen jedoch insbesondere benachteiligte und so genannte „bildungsfer-

ne“ Kinder und Jugendliche ihre Angebote. Kinder und Jugendliche, die sonst jeden Kontakt zu Einrichtungen meiden, die auch nur ein Hauch von „Pädagogik“ umgibt, kommen freiwillig in den Offenen Betrieb und nutzen die niederschweligen, partizipativen Bildungsangebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. So erleben sie, was ihnen anderswo versagt bleibt: die Wirksamkeit eigenen Handelns, Anerkennung und Wertschätzung. Indem die Offene Kinder- und Jugendarbeit – oft gemeinsam mit der mobilen Jugendarbeit – sich um diese Jugendlichen kümmert, ist sie wichtiger Partner für die Schule, die diese Kinder und Jugendlichen „unterwegs“ verloren hat. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist damit elementarer Bestandteil einer Bildungslandschaft, die Bildungsgerechtigkeit zum Ziel hat. Das Ausmaß und die Schwierigkeit dieser Leistungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden unterschätzt, was sich in unzumutbarer personeller und materieller Ausstattung zeigt. Die Aufgaben der Offenen Kinder- und Jugendarbeit benötigen Zeit, Geld, Ideen, Kreativität, Engagement und Menschen, die sich auf schwierige Beziehungen mit Kindern und Jugendlichen langfristig und kontinuierlich einlassen.

Wenn politisch Verantwortliche die derzeitige Krise zum Anlass nehmen, die Offene Kinder- und Jugendarbeit gegen die Schulen und die frühkindliche Betreuung und Bildung auszuspielen und die ohnehin knappen Ressourcen in diese Richtung verschieben oder kürzen, ist das kein Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit,

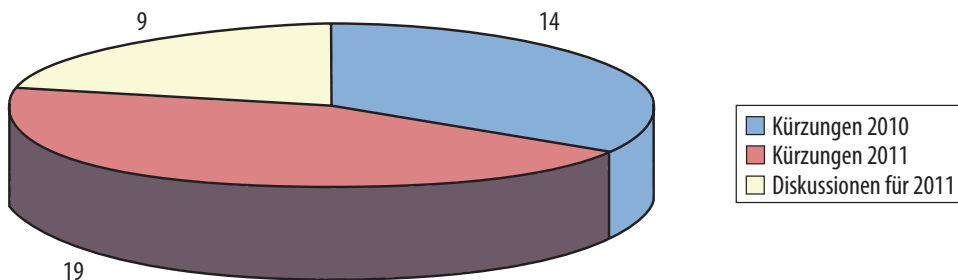
sondern verschließt für viele Kinder und Jugendliche den letzten Zugang und die letzte Chance auf eine Bildungsbiografie, die für sie eine lebenswerte Zukunft verspricht.“ (a. a. O.)

Die landesweite Umfrage

Die AGJF nahm diese Diskussion zum Anlass, bei ihren 180 Mitgliedern (örtliche freie und kommunale Träger) nach deren aktuellen Situation zu fragen. In Baden-Württemberg wird die Offene Kinder- und Jugendarbeit im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern überwiegend kommunal finanziert, von Landkreisen und Kommunen.

78 Mitglieder beteiligten sich an dieser Umfrage (Stand 22.4.2010). Wie nicht anders zu erwarten, zeigen sich große Unterschiede. In manchen Kommunen muss die Offene Arbeit dazu herhalten, die Geschenke an die Großbanken zu finanzieren, da die durch deren sogenannte Geschäftspolitik bedingten Steuerausfälle ausgeglichen werden müssen; in anderen Gemeinden wird sie nach wie vor wertgeschätzt und bleibt zumindest bisher weitgehend ungeschoren.

Jedenfalls erklärten 41 der 78 Träger und Einrichtungen, dass es für sie im Haushalt 2010 keine Kürzungen gegeben hat und für den Haushalt 2011 auch keine Einschränkungen auf der Agenda stehen würden. In vier Kommunen wurde 2010 gar die personelle Ausstattung aufgestockt, bzw. es wurden Neubauten eingeweiht. Allerdings muss einge-



räumt werden, dass es sich dabei tendenziell um kleinere Kommunen handelt, wo – nicht immer, aber häufig – für die Kämmerer sowie so nicht allzuviel zu holen ist.

Anders stellt sich die Lage in den anderen 37 Kommunen dar. Bei 14 Träger gab es bereits im laufenden Jahr Kürzungen, bei 19 werden diese für den Haushalt 2011 diskutiert, bereits beschlossen sind Kürzungen für 2011 bei neun Trägern (fünf sind doppelt betroffen).

Die bereits 2010 wirksam gewordenen Kürzungen in 14 Kommunen bedeuteten für drei Träger bzw. Einrichtungen Verluste von 10%, 20% und 33% (eine Planstelle) beim Personals, vier weiteren Kommunen haben inzwischen zum Mittel der Wiederbesetzungssperre gegriffen. In sieben Kommunen wird aktuell über Personalkürzungen beim Haushalt 2011 diskutiert, hinzu kommt eine Gemeinde, die davon bereits 2010 betroffen ist. In drei Kommunen sind Personalkürzungen für 2011 bereits beschlossene Sache, hinzu kommen etwa 40 Einrichtungen, denen der Landkreis eine Kürzung seines Personalkostenzuschusses in Höhe von 10% auferlegt hat. Das bedeutet, dass es bei 14 der beteiligten Einrichtungen/Trägern zu Einschränkungen der Personalausstattung gekommen ist, bzw. dass dies in den kommenden Wochen wahrscheinlich beschlossen wird. Natürlich kann auch die Wiederbesetzungssperre real diese Wirkung haben.

In einigen Kommunen ist es ans Eingemachte gegangen, bzw. diese Drohung steht im Raum. In einer Gemeinde hat die Verwaltung vorgeschlagen, alle vier Einrichtungen der Stadt, die von einem freien Träger betrieben werden, dicht zu machen und das Personal den Schulen anzudienen. Dasselbe droht den 1,5 Kollegen und Kolleginnen in einer anderen kleineren Stadt. In einer Kommune, die traditionell über eine ordentliche Ausstattung verfügt, muss der Träger in Zukunft auf fast jeden fünften Mitarbeiter verzichten.

Bei den in Zukunft zur Verfügung stehenden

Mitteln für Sachkosten (Programme, Investitionen), die traditionell sowieso eher dürftig sind, gab es 2010 bereits Kürzungen zwischen 10% und 100%. Mehrere Einrichtungen sind doppelt getroffen, sie werden 2011 erneut zur Ader gelassen.

Entwarnung?

Soweit einige Aspekte zur aktuellen Diskussion in Baden-Württemberg und einige Daten zur realen Situation. Wie auch schon in der Vergangenheit, stellt sich die Lage vor Ort sehr unterschiedlich dar, eine Folge der in Baden-Württemberg üblichen Finanzierungsmodalitäten. Es kann keinen Federstrich der Landesregierung geben, sondern die kommunalen Parlamente, Gemeinderäte und (vereinzelt) Kreistage müssen über einzelne Einrichtungen diskutieren und entscheiden.

Das Ende der Offenen Kinder- und Jugendarbeit scheint jedenfalls noch nicht eingeläutet zu sein, zumal die Sache in Mannheim inzwischen weitgehend vom Tisch ist und auch der Gemeinderat in der anderen Kommune, wo die Verwaltung einen Kahlschlag vorgeschlagen hat, sich vermutlich quer stellen wird. Nachdenklich muss aber stimmen, dass man den Kolleginnen und Kollegen in diesen beiden Städten nicht vorwerfen kann, dass sie in den vergangenen Jahren ihre Öffentlichkeitsarbeit und ihre fachlich-konzeptionelle Diskussion vernachlässigt hätten.

Trotzdem wird es wohl bei einer großen Zahl der Einrichtungen in Baden-Württemberg zumindest aktuell bei der guten schwäbischen Lösung bleiben, die ein Bürgermeister einer kleineren Kommune vorgegeben hat. Er hat sich damit begnügt, seine Mitarbeiter im Jugendhaus eindringlich darum zu bitten, wo immer es geht zu sparen. Da kann man nicht meckern.



Kahlschlag in Sachsen

Anfang Februar erhielten die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses von Sachsen Post vom Landesjugendamt. In dem Schreiben wurden sie über die Pläne der Dresdner schwarz-gelben Landesregierung informiert, im Haushaltsjahr 2010 mittels einer Haushaltssperre kräftig bei der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit sparen zu wollen. Vor allem drei Förderbereiche sollten geschnitten werden: die überörtlichen Träger, die auf etwa 600.000 Euro verzichten müssen, das Freiwillige Soziale und Ökologische Jahr (Reduzierung von 1.111 auf 500 Plätze) und die „Jugendpauschale“, die von 14,30 Euro auf 10,40 Euro abgesenkt werden soll. Bei der 1996 eingeführten Pauschale muss bedacht werden, dass die Landkreise dieses Geld pro Kind und Jugendlichen nur dann erhalten, wenn sie denselben Betrag noch einmal draufsatteln. Das Land begründete dies mit den notwendigen Einsparungen, die im gesamten Sozialetat vorgenommen werden müssten. Da 90% der Mittel für „Pflichtaufgaben“ verwendet werden würden, treffe es die „Freiwilligkeitsleistungen“ eben besonders hart.

Politik

Gegen diesen Handstreich regte sich rasch Widerstand auf breiter Front. Protest kam zunächst von der Opposition im Landtag. Bündnis 90/Die Grünen beantragten ebenso wie die SPD und Die Linke (letztere gemeinsam) die Aussetzung der Kürzungen, u.a. im Bereich Kinder- und Jugendarbeit. Die LINKE wettete im Mai gegen eine Plakataktion, die sich das Sozialministerium schlappe 35.000 Euro kosten lassen würde, während die Lan-

desregierung die Kinder- und Jugendhilfe verhungern lasse. Die Kritik gipfelte in dem Vorschlag, das Sozialministerium aufzulösen, da es nach eigenen Angaben zu 90% lediglich Aufgaben nachkomme, für die es auf dem Hintergrund von Bundesgesetzen sowieso keinen politischen Handlungsspielraum gebe.

Widerstand kommt auch von anderer Seite. So legten mehrere Kommunen und Landkreise Widerspruch gegen den Bescheid aus dem Ministerium bzw. Landesjugendamt ein und der Landesjugendhilfeausschuss forderte die Landesregierung Anfang März auf, die Haushaltssperre auch für den Bereich Jugendhilfe aufzuheben, wenn auch in einem eher bravem Tonfall. Wenn überhaupt – so der Ausschuss – dürfte nur nach vorheriger Diskussion und einer angemessenen Schonfrist gekürzt werden.

„Der LJHA nimmt zur Kenntnis, dass der Freistaat Sachsen seine Finanzpolitik an die gegebenen Verhältnisse anpassen muss. Einen Automatismus in der gleichmäßigen Einkürzung über alle Ressorts kann und darf es allerdings nicht geben. Der LJHA sieht durch die erheblichen Kürzungen im laufenden Haushalt die Grundstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat gefährdet. ...

Nach intensiver Diskussion kommt der LJHA zur Auffassung, dass im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe in der politischen Steuerung des Freistaates Sachsen die im Doppelhaushalt 2009/2010 festgelegten Eckwerte für diesen Fachbereich beibehalten werden sollten.

Eine unterjährige Kürzung greift unmittelbar in bereits laufende Aufgabenwahrnehmung sowohl in der örtlichen als auch der überörtlichen Ebene ein. Der LJHA empfiehlt daher, im Interesse einer innovativen Politik

des Freistaates für die nachwachsende Generation, keinesfalls ohne eine gründliche Diskussion und Vorbereitung in der Sache in den laufenden Haushaltsvollzug einzugreifen.

Der LJHA nimmt durchaus zur Kenntnis, dass sich die fiskalischen Rahmendaten sowohl für den Freistaat als auch für die Gebietskörperschaften ändern, worauf steuernd zu reagieren ist. Den geeigneten Zeitpunkt für die notwendige Debatte, um das Verhältnis von Fachlichkeit und Finanzierbarkeit zu bestimmen, sieht er in der Beratung zum anstehenden Doppelhaushalt 2011/2012. Dies gilt für die beiden Obersten Landesjugendbehörden.“

(Stellungnahme des Landesjugendhilfeausschusses zu den Auswirkungen der aktuellen Haushaltssituation auf die Förderung der Jugendhilfe [Auszug] – verabschiedet vom Landesjugendhilfeausschuss in der Sondersitzung vom 5.3.2010)

Verbände

Selbstverständlich äußerte sich auch die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. zu den Haushaltskürzungen. Kritisiert wurde neben den Kürzungen an sich v.a. die Vorgehensweise der Landesregierung. Solch drastische Kürzungen während eines Haushaltsjahres könnten von den Kommunen und den freien Trägern gar nicht aufgefangen werden. Bestand und Qualität der Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen seien daher ernsthaft in Gefahr.

Pressemitteilung der AGJF Sachsen e.V.: Sachsen kürzt Mittel für Jugendarbeit um ein Drittel

Chemnitz, 11. 2. 2010. „Der Freistaat Sachsen plant, seine Mittel im Bereich Jugendhilfe in diesem Jahr um etwa ein Drittel zu kürzen. Die gravierenden Einschnitte erreichen die Landkreise und kreisfreien Städte im lau-

fenden Haushaltsjahr. Die vom Freistaat an die Kommunen ausgereichte Jugendpauerschale soll um rund 4 Euro pro jugendlichem Kopf gekürzt werden und sinkt damit von bisher 14,30 Euro auf 10,40 Euro. Nachdem in Chemnitz die Zuwendungen an freie Träger nach mehreren Sitzungen des Jugendhilfeausschusses gerade ausgereicht wurden, müssen nun erneut Löcher gestopft werden. In Leipzig droht indes der Abbau von Angeboten, obwohl die kommunalen Mittel für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe im sechsstelligen Bereich aufgestockt wurden. Die AGJF Sachsen e.V. fordert die Staatsregierung auf, keine Kürzungen der Jugendpauerschale vorzunehmen!

Die Kapazitäten für ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr werden halbiert. Dies widerspricht dem Bedarf junger Menschen, sich freiwillig aktiv in unserer Gesellschaft einzubringen und dem Trend, Freiwilligendienste auszubauen und zugänglicher zu gestalten. Die AGJF Sachsen e.V. fordert die Staatsregierung auf, interessierten jungen Menschen Teilhabe am freiwilligen Engagement in ausreichender Kapazität zu ermöglichen!

Die Träger kritisieren die mangelnde Transparenz und den ausbleibenden Dialog: Wie die Presse mitteilt, sind die überörtlichen Träger als Anbieter von Fortbildungen, Zusatzausbildungen, Beratung und Information zur Qualitätssicherung örtlicher Strukturen ebenfalls von Kürzungen betroffen. Gespräche mit freien Trägern oder die Anhörung der Jugendhilfe-Leistenden vor Ort sind offenbar nicht geplant. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu dem vom Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) vorgeschriebenen „partnerschaftlichen Umgang“ mit den freien Trägern auf örtlicher und überörtlicher Ebene. Die AGJF Sachsen e.V. fordert die Staatsregierung auf, mit den Betroffenen in den Dialog zu treten und einen Kahlschlag der gewachsenen Jugendhilfestruktur im Freistaat abzuwenden!

„Sachsen weist eine vielfältige, ausgewogene Jugendhilfelandchaft auf – aber kein Zuviel an Angeboten! Die geplanten Kürzungen müssen zurückgenommen werden!“, fordert ANKE MIEBACH-STIENS, Geschäftsführerin der AGJF Sachsen e. V., „Einsparpotenziale in der Jugendhilfe Sachsens sind nicht vorhanden.“ Das belegt die im Herbst letzten Jahres aktualisierte überörtliche Jugendhilfeplanung für 2010 bis 2014: Neben der Begründung des aktuellen Bedarfes wird ein Mehrbedarf in bestimmten Bereichen der Jugendhilfe konstatiert. Auch der 3. Sächsische Kinder- und Jugendbericht aus dem letzten Jahr verdeutlicht, dass Jugendarbeit und Jugendhilfe kein Luxus sind, sondern wichtige Bildungsangebote leisten.“ (www.corax-magazin.de)

Auch andere Landesverbände oder Institutionen, die zur überregionalen Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit gehören, meldeten sich zu Wort, z. B.

- ▶ mahnte die Evangelische Akademie Meissen, die Jugendpolitik an Inhalten und nicht an Vorgaben der Finanzpolitiker zu orientieren.
- ▶ prophezeite der Kinder- und Jugendring Sachsen (Landesjugendring) „verheerende Auswirkungen auf die selbstorganisierten Strukturen Jugendlicher im Land (...). Zahlreiche Angebote im Bereich der außerschulischen Jugendbildung, aber auch Weiterbildungsveranstaltungen für ehrenamtlich Engagierte werden nicht oder nur mit Mehrkosten für die Teilnehmenden durchgeführt werden können. Dies ist insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien eine dramatische Entwicklung. Für jene, die sich seit Jahren ehrenamtlich engagieren, stellt dies eine Form der Anerkennung ihres gesellschaftlichen Wirkens dar, bei der befürchtet werden darf, dass sie eher vom Ehrenamt

abhält, als dieses, wie im Koalitionsvertrag noch betont, entwickeln hilft.“

- ▶ legte das Landesjugendpfarramt nach und fragte, wie Jugendarbeit das ihren Teilnehmern und Besuchern vermitteln soll: „Die Einsparungen im Bereich der verbandslichen, offenen und mobilen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen werden die hier tätigen Sozialpädagogen und Jugendmitarbeiter genauso demoralisieren wie die bisher erreichten Kinder und Jugendlichen. Wie ist der heranwachsenden Generation zu vermitteln, dass ausgerechnet bei Kindern und Jugendlichen der ‚Rotstift‘ unverhältnismäßig angesetzt wird?“
- ▶ die LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e. V., für die eine neue Eiszeit auszubrechen droht: „Frostige Zustände in Sachsens Kinder- und Jugendhilfelandchaft: Es ist Februar 2010. Wie jedes Jahr warten die Träger der Kinder- und Jugendhilfelandchaft auf Zuwendungsbescheide, diskutieren die Entlassung von Mitarbeitenden, die Aufnahme von (Privat)-Krediten u. a., um das dadurch vorhandene finanzielle Loch zu überbrücken. Es ist Februar 2010, Winter in Sachsen, die klimatischen Temperaturen liegen seit Tagen unter Null Grad Celsius. Doch die Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfelandchaft betreffend scheint der Frost über den Sommer in die Zukunft hinein Bestand zu haben. Die umfangreichsten fiskalischen Kürzungen der Vergangenheit im Kinder- und Jugendhilferessort sind geplant.“

In der Fachzeitschrift CORAX, einer Publikation der AGJF Sachsen e. V., erläuterte BJÖRN REDMANN an einem „Beispielverein“, welche konkreten Folgen die Kürzungen auf die Verbände haben werden. Wollte man sich nicht strafbar machen, müssten einige Verbände wohl bald Insolvenz anmelden.

Wie den Verbänden die Luft ausgeht:

„Die aktuellen Kürzungen in der Jugendarbeit Sachsens bringen die überörtlichen Verbände an den Rand des Ruins. Allgemein wird erwartet, dass zum Ende des Jahres 2010 gleich mehrere Jugend- und Fachverbände die Insolvenz anmelden und die Arbeit einstellen werden.

Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen hat sich der Eigenanteil, den die Verbände im Jahr zu bringen haben, verdoppelt. Zum anderen hat sich eine Praxis eingeschlichen, dass erst im März/April eines laufenden Jahres der Zuwendungsbescheid vom Land kommt und damit frühestens im April die ersten Gelder fließen können. Beide Entwicklungen gemeinsam führen zu einer frühen Zahlungsunfähigkeit, in deren Folge die Insolvenz angemeldet werden muss, um einer Anklage wegen Insolvenzverschleppung zu entgehen. ...

Die förderrechtlichen Vorgaben besagen, dass zuerst die Eigenmittel zu nutzen sind und erst, wenn diese eingesetzt wurden, kann die Förderung greifen. Ab 2010 aber haben sich die einzubringenden Eigenmittel verdoppelt und das ist im laufenden Jahr erst im Februar/März bekannt geworden. Während der Plan des Beispielvereins vorsah, die erforderlichen 9.000 Euro Eigenmittel einzusetzen, hat das Land ... überraschend festgelegt, dass das nun 18.000 Euro sein müssen.

Was wäre also zu tun?

1. Da die überregionalen Verbände im Auftrag des Landes Sachsen tätig werden ist zu fragen, warum sie überhaupt Eigenmittel in solcher Höhe einbringen müssen. Bei der Schulbusbeförderung oder der Abfallwirtschaft würde auch niemand erwarten, dass sie Geld mitbringen müssen, um ihre Arbeit für die Behörden zu tun. Warum also hier? Die Eigenmittelquote muss dringend reduziert werden.

2. Dass die erste Rate frühestens im März/April kommt, ist es für fast alle Verbände finanziell nicht verkraftbar. Was es hier braucht, sind Abschlusszahlungen ab Januar eines Jahres: Es wird schließlich auch Arbeit ab dem 1. Januar geleistet.

3. Die Kürzungen im laufenden Arbeitsprozess haben zu dramatischer Unruhe in den Vereinen / Verbänden geführt. Was es braucht, sind mittelfristige Vereinbarungen zwischen Land und überregionalen TrägerInnen über die Frage, ob und wie ein Träger gefördert wird. Es gibt schließlich auch Arbeitsverträge, Mietverträge, Verträge mit TeilnehmerInnen von Weiterbildungen etc., die zu erfüllen sind. Wir brauchen Planungssicherheit!“

(BJÖRN REDMANN, CORAX, Heft 2, S.14,
www.corax-magazin.de)

Der Landesjugendring hat inzwischen eine Petition initiiert und sammelt via Internet die notwendigen Unterschriften. Bis Pfingsten hatten sich bereits gut 14.000 Personen daran beteiligt, vom Jugendlichen bis zum Rentner.

„Ich unterstütze die Proteste gegen die Kürzungen in der Jugendarbeit und wende mich entschieden gegen die Auffassung, junge Menschen wären legitime Einsparpotenziale. Die Kinder und Jugendlichen von heute sind diejenigen, die in den nächsten Jahren in Politik und Gesellschaft, Wissenschaft, Handwerk und Bildungseinrichtungen Verantwortung übernehmen und die Geschicke unseres Landes lenken. Geben wir ihnen heute durch eine gelingende Jugendarbeit die dafür notwendigen Werte und Kompetenzen mit auf den Weg! Ich fordere die Staatsregierung und alle weiteren politischen Verantwortungsträger auf, die Kürzungen zurückzunehmen. 1.000.000 junge Menschen in Sachsen freuen sich über jede Form der Unterstützung.“

(*Petition Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.*)

Vor Ort

Nicht nur auf der Landesebene, auch vor Ort schlagen viele Sachsen Alarm. Einzelne Kommunen und Landkreise haben, wie schon erwähnt, Einspruch eingelegt, örtliche Träger organisieren Demos bzw. Flashmobs. Solche Aktionen gab es inzwischen z.B. in Leipzig, in Dresden, Grimma, Großhain, Riesa und Chemnitz. Am 10. März, dem Tag der Beratungen im Landtag, wurde stundenlang vor dem Hohen Haus in Dresden demonstriert. Überregional, aber auch in einigen Kommunen haben sich dafür Aktionsbündnisse gegründet, die die Kampagne unter der Überschrift „Jugend ist mehr wert“ organisieren und koordinieren

(www.jugend-ist-mehr-wert.de).

Die Sächsische Zeitung begleitet diese Proteste mit einer ausgiebigen Berichterstattung: „In Bautzen demonstrierten gestern Jugendliche gegen die Rotstift-Pläne des Landes.

Auch der Landkreis will die Streichung von 300.000 Euro nicht hinnehmen.

Schwarze Kleidung als Zeichen der Trauer, Seifenblasen als Symbol für geplatze Ideen und Projekte – auf diese Weise demonstrierten gestern etwa 80 Jugendliche am Bautzener Reichturm gegen die geplanten Kürzungen bei der Jugendarbeit. Ihre Aktion war Teil einer landesweiten Initiative, die sich gegen die Verringerung der Jugendpauschale richtet. ... Wenn es nicht gelinge, mehr Geld vom Freistaat zu erhalten, müsse der Landkreis versuchen, die Lücke von 300.000 Euro zumindest teilweise auszugleichen. Auf Antrag der Linken soll der Jugendhilfeausschuss auf seiner nächsten Sitzung über das Thema beraten.

Die Kreisverwaltung selbst hat Widerspruch gegen die Kürzung der Jugendpauschale eingelegt.

Sollte es dennoch bei der Absenkung bleiben, so würde dies vor allem neu geplante Projekte treffen. Auf der Streichliste stün-



FLASHMOB
gegen den „ROTSTIFT“ der sächsischen Staatsregierung
in der Jugendhilfe!

TREFF:

- Montag, 1. März 2010
- 16.16 Uhr
- auf dem Marktplatz eurer nächstgelegenen Stadt

AUFGABE:

- schwarze oder dunkle Trauer-Klamotten
- 5min schweigend Seifenblasen in den Himmel schicken als Zeichen für geplatze Träume

Protestiere, dass in diesem Jahr Jugendhäuser geschlossen, Jugendklubs nicht mehr gefördert, Projekte beendet, Sozialarbeiter als Ansprechpartner gekündigt werden!
Ist dem Freistaat Sachsen **Beton wichtiger als Menschen?**

Wer noch INFO´s braucht:
Info´s zur sachsenweiten Protestaktion unter www.kjrs-online.de

den dann zum Beispiel die Sozialarbeit an der Mittelschule Sohland und an der Curie-Grundschule Bautzen.“

(Sächsische Zeitung, 2. März 2010)

In Dresden gingen an diesem landesweiten Aktionstag 500 Jugendliche auf die Straße, in Görlitz 150. Dort berichtete die Presse, dass „zahlreiche Treffs gefährdet sind. Denn die Landeszuschüsse machen einen erklecklichen Teil ihrer Grundförderung aus, die wiederum mit Projekten über Stiftungen oder andere Fördertöpfe erhöht wird. Nur so können die Einrichtungen bestehen. Beispiel der Tierra-Verein aus Görlitz, der das Kulturcafé Camaleon auf dem Lutherplatz betreibt. Über Stiftungen und Förderprogramme holt das Café 60.000 Euro im Jahr zusätzlich nach Görlitz. Damit werden die Personalkosten kofinanziert, ohne die Landesmittel geht das aber nicht mehr. ‚Wenn die Kürzung kommt, müssen wir schließen‘, sagt RICARDO NEUMANN von dem Verein. Das Café ist wöchentlicher Anlaufpunkt von bis zu 40 Kinder, organisiert einmal im Jahr ein Stadtteilstadtteilfest auf dem Platz. ‚Für unsere Kinder wäre es katastrophal‘, erläutert NEUMANN, ‚denn sie kommen aus Familien, die nicht das Geld für die Musikschule oder den Sportverein haben‘.

So sieht es praktisch überall aus: Bei der Ca-tee-drale, beim esta-Verein mit seinem Domizil, beim Kinderschutzbund. Bricht die Grundförderung weg, steht mehr auf dem Spiel als nur ein paar Stunden Kürzungen beim Personal.“

(Sächsische Zeitung, 2. März 2010)

Dass hier nicht nur Schaum geschlagen wurde, zeigen Berichte zu Einrichtungen, denen der Landkreis zu diesem Zeitpunkt bereits Räume oder den „Zuwendungsvertrag“ gekündigt hatte. Offensichtlich hatten diese Verwaltungen die Befürchtung, selbst pleite zu gehen, wenn sie nicht rasch reagierten. „Eine Kündigung vom Amt erreichte auch das



Schmale Haus in der Neugasse. Die Leiterin MONIKA HAASE ... hofft ... auf Gespräche mit Landkreisverwaltung und Jugendhilfeausschuss, die am Donnerstag beginnen. Nach Lage der Dinge gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder alle Projekte der Jugendarbeit müssen bluten und eine Kürzung hinnehmen, oder es gibt eine Einigung auf Projekte, die allen entbehrlich erscheinen. Insgesamt zehn Sozialarbeiterstellen müssten im Kreis eingespargt werden, um die aus Dresden verordnete Kürzung aufzufangen.“

(Sächsische Zeitung, 2. März 2010)

Andere Landkreise zeigen sich widerborstiger, wenn auch ohne großen Optimismus.

„Deshalb sagt MARINA WEBER, zuständige Beigeordnete des Kreises: ‚Wir legen Widerspruch gegen die Kürzung ein‘. Denn im 2010er Kreishaushalt 258.000 Euro sparen, geht nicht. ‚Strategisch und strukturell suchen wir aber nach Potenzialen‘, so Weber. Das betreffe Bedarfsanalysen, Kooperationen von Trägern und die Strukturanpassung. Tenor: ‚Es kann nicht jeder alles machen‘, so Weber zum Angebot. Diskutiert werden in den Gremien dabei derzeit drei Schwerpunkte, die neu gesetzt werden sollen: Familienbetreuung, Suchtberatung sowie Schule/Beruf.“

(Sächsische Zeitung, 2. März 2010)

Alle wollen bisher freilich nicht mitmachen, u. a. hält sich die Sportjugend zurück, sowohl vor Ort als auch auf Landesebene. Zwar hält auch dieser Verband die Kürzungen für „katastrophal“, Protesten auf der Straße mag man sich aber nicht anschließen. In Dippoldiswalde zum Beispiel distanzierte man sich schon Anfang März ausdrücklich von den Demonstranten.

Sportjugend distanziert sich:

„Die Sportjugend des Kreissportbundes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat den Protesten unterdessen eine Absage erteilt. ‚In dieser Situation als Vorbild auf die Straße protestieren zu gehen, halten wir für äußerst bedenklich‘, schreiben die Sportjugend und Jugendsportkoordinator TOM JERUSEL in einem offenen Brief. Sie plädieren dafür, mit den verantwortlichen Politikern zu reden und ein ‚nachhaltiges Konzept‘ für die Jugendarbeit zu entwickeln. Denn in einem sind sie sich mit den Protestierenden einig: ‚Die Kürzung der Jugendpauschale durch das Land Sachsen ist katastrophal für unseren Landkreis.‘“

(Sächsische Zeitung, 2. März 2010)

Der Landesverband schloß sich dieser Haltung bei seinem Sportjugendtag am 17. April 2010 an, wenn auch erst nach „kontroverser Diskussion“.

Resümierend stellt das Aktionsbündnis „Jugend ist mehr wert“ auf seiner Homepage fest:

Die Kürzungen bedeuten:

„Jugendhäuser, mobile Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit, Jugendgerichtshilfe- und Jugendberufshilfeprojekte, verbandliche Jugendarbeit und ehrenamtlich geführte Projekte werden in Frage gestellt. Viele Trägervereine, Verbände und Projekte stehen vor dem Aus. So wird eine flächendeckende Jugendarbeit in Sachsen nicht mehr möglich sein und die Trägervielfalt eingeschränkt.

Die verschiedenen Formen der Jugendarbeit werden zunehmend auf ehrenamtliche Strukturen und den Niedriglohnbereich verlagert. Ehrenamtliche Vereinsvorstände werden Probleme bekommen, den Ansprüchen guter Jugendarbeit gerecht zu werden. Ausgebildete Sozialpädagogen werden aufgrund einer fehlenden beruflichen Perspektive Sachsen verlassen.

Es entstehen Freiräume für neonazistische Organisationen, die schon in der Vergangenheit versucht haben, Jugendarbeit zu organisieren, um so Kinder und Jugendliche für ihre menschenverachtenden Ideologien zu instrumentalisieren.

Die Halbierung der FSJ-Stellen ab dem 1.9.2010 ist unter zwei Gesichtspunkten höchst problematisch. Zum einen nimmt sie zahlreichen jungen Menschen die Chance, in einer prägenden Lebensphase wichtige Erfahrungen zu sammeln, sich auszuprobieren und auf das Berufsleben vorzubereiten. Zum anderen leisten hunderte von FSJlern in ganz Sachsen eine engagierte Arbeit in Krankenhäusern, im Sozialdienst, in Alten-, Pflege- und Kinderheimen, in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sowie in kulturellen Projekten und Umweltorganisationen. Auf ihre sinnvolle und notwendige Arbeit kann vielerorts kaum verzichtet werden.

Die Kürzungen werden mittel- und langfristig zu neuen höheren Ausgaben führen. Ein Wegfall professioneller Jugendarbeit führt zwangsläufig zu steigenden Problemen mit Jugendkriminalität, Drogenmissbrauch und rechter Gewalt. Es ist eine simple Erkenntnis, dass bei fehlender Prävention Problemlagen entstehen, deren Lösungen später um ein Vielfaches teurer werden. Deshalb ist die Entscheidung der Staatsregierung nicht nur unverantwortlich, sondern auch finanzpolitisch verkehrt.“

www.jugend-ist-mehr-wert.de

Liebe zu Beton?

Nach der Steuerschätzung im Mai rechnete die Opposition der Landesregierung vor, dass die zu erwartenden Steuereinnahmen in den kommenden beiden Jahren auf dem Niveau von 2006 liegen würden. Es gebe also gar keinen Anlass zu solch drastischen Sparmaßnahmen, Grund sei allein eine libidinöse Beziehung der Mitglieder der staatstragenden Parteien zu Beton.

„Laut der regionalisierten Steuerschätzung wird der Freistaat hinsichtlich seiner Steuereinnahmen 2011/2012 wieder auf dem Niveau von 2006 liegen. Damals wurde der erste schuldenfreie Haushalt vorgelegt. Das beweist, dass die Aufgaben des Freistaates durchaus mit dem zur Verfügung stehenden Steueraufkommen zu leisten sind. Die von der Staatsregierung immer wieder angedrohten schmerzhaften Einschnitte sind also keinesfalls notwendig.

Getreu dem Motto ‚Wiederholung schafft Wahrheit‘ malen CDU und FDP seit Monaten Schreckensszenarien an die Wand. Offensichtlich wollen sie somit unter den Bürgerinnen und Bürgern Verständnis für die vorgesehene Sparmaßnahmen schaffen. Fakt bleibt aber: Die Staatsregierung betreibt ohne Not eine Kürzungsgorgie.

Die schwarz-gelbe Staatsregierung verfolgt mit den Kürzungen nur ein Ziel: Das bei Bildung, Sicherheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt eingesparte Geld soll in Prestigeprojekte und Beton investiert werden, um die rückläufigen Investitionsmittel aus den Solidaripakt-Einnahmen zu kompensieren.

In diesen Tagen tourt der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident TILLICH durchs Land. Im Einladungstext zu seinen Regionalforen ‚Was die Gesellschaft zusammenhält‘ schreibt er: ‚Ich möchte mit Ihnen Antworten finden, wie wir auch weiterhin einen hohen Beschäftigungsstand und gut bezahlte Arbeit erhalten, wie wir Zugang zu Bildungsangeboten schaffen, welche Rolle die Familie in unserer

Gesellschaft spielt und wie wir die Solidarität mit den Schwachen in unserer Gemeinschaft aufrecht erhalten können.‘ Lieber HERR TILLICH, die Antwort ist einfach: Packen Sie den Rotstift wieder ein!“

(Mario Pecher, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag)

Ohne Einsicht

Die Landesregierung will sich bisher aber kaum bewegen. Anfang Mai wurde den Verbände mitgeteilt, dass man die „vorgetragenen Bedenken“ zwar „nachvollziehen“ kann, dass die Landesregierung aber auf jeden Fall „an den getroffenen Entscheidungen festhalten“ werde.

Inzwischen wurden zwar für einzelne Vorhaben der landesweiten Verbände noch einige Euros zusammengekratzt, mehr als ein Tropfen auf den heißen sind sie indessen nicht. Die Verbände behelfen sich mit der Auflösung von Rücklagen und hoffen, das Jahr 2010 so noch überstehen zu können. Für das nächste Jahr sieht man allgemein schwarz, zumal weitere Kürzungen angekündigt sind.

Vor Ort wird die gekürzte Jugendpauschale sehr häufig nach dem Rasenmäherprinzip an die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weitergegeben. Schließungen von Einrichtungen sind der AGJF Sachsen bisher nicht bekannt, aber die Einbußen sind so hoch, dass sie vermutlich bereits im laufenden Jahr zu Kündigungen führen werden. Allein durch den vorsichtigen Umgang mit Kopierpapier lassen sich die Zuschusskürzungen bei den Einrichtungen nicht auffangen.

Geplant sind daher weitere Proteste. Für Ende Mai wurde die Gründung des Bündnisses „Zukunft & Zusammenhalt – das Bündnis für ein soziales Sachsen“ angekündigt. Für den 16. Juni ist eine weitere Großdemonstration in Dresden angekündigt.

Eine Handvoll Fragen an die zukünftige Jugendpolitik NRW



Mit Blick auf die Landtagswahl am 9.5.2010 hatte sich die Arbeitsgemeinschaft Haus der Offenen Tür NRW (AGOT-NRW) am 4. Februar 2010 an die Parteien in NRW gewandt, und darum gebeten, die für sie fünf wichtigsten Fragen zur zukünftigen Jugendpolitik NRW zu beantworten. Sie ging dabei von der These aus, dass sich Politik in den letzten Jahren vermehrt auf den vorschulischen und schulischen Bereich konzentriert und die Landesförderung Offener Kinder- und Jugendarbeit – trotz leichter Nachbesserung – auf niedrigem, gekürzten Niveau verblieb. Es antworteten nachfolgend für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ANDRE MOSER (Mitarbeiter im Wahlkampfteam), für die CDU: SVEN-MARTIN KÖHLER (Politik und Kommunikation), für die FDP: RALPH STERCK (Hauptgeschäftsführer), für DIE LINKE: PAMELA STRUTZ (Strategie/ Öffentlichkeitsarbeit) und für die SPD: KATJA KLEEGRAFE (Referentin).

Frage 1

Obwohl Jugendarbeit laut § 11 SGB VIII eindeutig eine pflichtige Leistung darstellt, behandelt sie Verwaltung vielerorts wie eine freiwillige Leistung.

Unsere Frage: Wie wollen Sie erreichen, dass die Pflichtigkeit allerorten angemessen praktiziert wird?

(zu 1) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bündnis 90/Die Grünen stehen zu dem Prinzip, dass die Jugendarbeit eine kommunale Pflichtaufgabe ist, deren Finanzierung primär durch eine gute finanzielle Ausstattung

der Kommunen und ergänzende Landeszuschüsse zu gewährleisten ist. Es ist zunächst Aufgabe der örtlichen Verwaltung und der Kommunalaufsicht des Landes, darauf zu achten, dass die Kommunen ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen. Sowohl die Grünen in den kommunalen Räten und Kreistagen als auch die Grüne Landtagsfraktion sind immer bereit, politisch auf die Einhaltung einer guten Finanzierung der Jugendförderung zu achten, sie aktiv einzufordern bzw. umzusetzen. Dies kann aber nur im jeweiligen Einzelfall geschehen, da die Rechtssystematik grundsätzlich in Ordnung ist. So wurde z. B. der von einem Jugendverband der grünen Landtagsfraktion vorgetragene Fall der Stadt Alsdorf, die vom Regierungspräsidenten Köln zu einer geringeren Jugendförderung aufgefordert wurde, umgehend in Form einer Kleinen Anfrage aufgegriffen (Drucksache 14/6018).

(zu 1) CDU

(Zusammenfassende Antwort auf Fragen 1–4). ... Die Zukunft der Kinder in Nordrhein-Westfalen, deren Wohlergehen sowie deren Bildung und Erziehung stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass für die Jugendarbeit auch in finanziell schwierigen Zeiten „Mehr drin ist“. Das wollen wir auch in Zukunft fortsetzen.

Zunächst haben wir Planungssicherheit geschaffen, indem wir die Bedeutung der Strukturförderung gegenüber der für die Träger eher unsicheren Projektförderung deutlich gestärkt haben. Wir haben zudem mehr Mit-

tel in die Kinder- und Jugendarbeit investiert. Die vorhergehende Landesregierung hatte 2004/2005 den Kinder- und Jugendförderplan um 20 Mio. Euro gekürzt. Wir haben im Jahr 2006 zunächst mit der Festschreibung auf 75,1 Mio. Euro für die gesamte Legislaturperiode Planungssicherheit geschaffen. ...

(Fortsetzung bei Frage 2)

(zu 1) FDP

Wir Liberalen sind der Ansicht, dass Offene Kinder- und Jugendarbeit entscheidend dazu beiträgt, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu schaffen.

Die FDP NRW teilt die Auffassung, dass der Einsatz finanzieller Mittel für die Verwaltung keine freiwillige Aufgabe der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist. Offene Kinder- und Jugendarbeit muss von den Trägern vielmehr als eine rechtlich kodifizierte Handlungsnorm begriffen werden, die eine Pflichtleistung einer familienfreundlichen Kommune im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darstellt. Denn Kinder, Jugendliche und Familien benötigen Ansprechpartner, Angebote und Möglichkeiten zur Kommunikation innerhalb ihres Wohnumfeldes und ihrer Kommune und außerhalb der Sozialisationsbereiche Elternhaus und Schule. Wir streben an, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit die Offene Kinder- und Jugendarbeit unterstützen und als Pflichtleistung begreifen.

(zu 1) DIE LINKE

Jugendarbeit darf nicht abhängig von der Haushaltslage sein. Damit die Verwaltungen in die Lage versetzt werden, Jugendarbeit als Pflichtleistung umfassend umzusetzen, fordert DIE LINKE unter anderem ein umfassendes Entschuldungsprogramm auf kommunaler Ebene sowie eine grundlegende Änderung des kommunalen Finanzsystems. Ergänzend dazu fordern wir ein umfassendes Maßnahmenbündel gegen Kinderarmut, die

personelle Stärkung der Jugendhilfe in den Kommunen durch das Land und eine finanziell angemessene Unterstützung des Landesjugendrings und der Jugendverbände.

(zu 1) SPD

Wir setzen uns als NRW SPD für eine facettenreiche Jugendarbeit vor Ort ein. Die in der Frage vorgenommene Trennung zwischen der Pflichtigkeit und der Freiwilligkeit von Jugendarbeit stellt sich aus unserer Sicht nur deswegen in der Schärfe, weil die Kommunen Nordrhein-Westfalens mehr und mehr in die Situation kommen, dass die kommunale Gestaltungsfähigkeit von Politik – und damit auch von Jugendarbeit – generell in Frage gestellt ist. Neben unserem klaren Bekenntnis zur Jugendarbeit als Pflichtaufgabe, die nicht nach Kassenlage zu entscheiden ist, wollen wir daher deutlich darauf hinweisen, dass wir eine nachhaltige Lösung der angesprochenen Problematik nicht allein im Feld der Kinder- und Jugendpolitik suchen. Die örtliche Jugendarbeit kann nur dann angemessen arbeiten, wenn die Kommunen auch über entsprechende Finanzmittel verfügen.

Frage 2

Das „Konzert“ von kommunaler und Landesförderung Offener Kinder- und Jugendarbeit harmonisiert vielerorts nicht besonders gut.

Unsere Frage: Welche Vorschläge/Pläne haben Sie, um in ganz NRW zu einer ausgeglicheneren, bedarfsgerechten Förderung zu kommen, ohne dass bestehende Strukturen darunter zu leiden hätten?

(zu 2) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schwerpunkte der Kinder- und Jugendförderung sind für Bündnis 90/Die Grünen die Stärkung der Teilhabe (auch Bildungsteilhabe), geschlechtersensible und inklusive Kinder- und Jugendarbeit sowie die Bekämpfung sozialer Benachteiligung. In den genannten

Bereichen hat die Offene Kinder- und Jugendarbeit eine zentrale Bedeutung. Soziale Problemlagen sind in NRW lokal und regional sehr unterschiedlich aufgeprägt, was im Kinder- und Jugendförderplan des Landes unzureichend berücksichtigt ist. Dies wollen wir durch die Anwendung eines Sozialindex ändern, nach dem künftig die Landesmittel verteilt werden sollen. Die bestehenden Strukturen und die darin Beschäftigten werden davon profitieren, da gerade die Arbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen hohe Anforderungen stellt und eine bessere Ausstattung insofern bedarfsgerecht ist.

(zu 2) CDU

(Zusammenfassende Antwort auf Fragen 1–4). ... Die Fördersumme für die Offene Jugendarbeit wurde dabei gegenüber dem Ansatz für das Jahr 2005 um 6 Mio. Euro auf 25 Mio. Euro erhöht. Zudem haben wir durch das Sonderprogramm „Jugend und soziale Brennpunkte“ in den Jahren 2006 bis 2008 jährlich 4,5 Mio. Euro zusätzlich in die Kinder- und Jugendarbeit investiert. Und durch den „Pakt mit der Jugend“ hat die Landesregierung den Ansatz für den Kinder- und Jugendförderplan im Jahr 2009 um 5 Mio. Euro jährlich auf insgesamt 80,2 Mio. Euro erhöht. Davon wurden für die Förderung der Infrastruktur weitere 700.000 Euro gewährt. Aktuell beträgt die jährliche Fördersumme für die Offene Kinder- und Jugendarbeit 25,7 Mio. Euro. ...

(Fortsetzung bei Frage 3)

(zu 2) FDP

Mit der Neufassung des Kinder- und Jugendförderplans für die Jahre 2006–2010 hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition die Richtlinien zur Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans abgeändert. Wir haben fachbezogene Pauschalen und die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Bestätigung der Verwendung der Mittel eingeführt. Mit diesen Regeln haben wir die

Förderung entbürokratisiert und sie für die Träger vereinfacht. Zudem haben die Träger mehr Freiraum für ihre wertvolle inhaltliche Arbeit erhalten. Nichtsdestotrotz wollen wir das Finanzierungssystem, das Landesmittel pauschal an Kommunen ausschüttet und sich am Bestandsschutz orientiert, vor dem Hintergrund veränderter örtlicher Bedarfe überprüfen.

Ferner wird sich die FDP NRW weiter dafür einsetzen, den Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit so wenig Bürokratie wie möglich abzuverlangen.

(zu 2) DIE LINKE

DIE LINKE fordert eine ausgeglichene und bedarfsgerechte Förderung der Kinder- und Jugendarbeit. Dies kann nur in einem Prozess mit den Verbänden und Initiativen entwickelt werden. DIE LINKE möchte dazu im Gespräch bleiben, um den Bedarf zu ermitteln und die Förderung danach zu gestalten.

(zu 2) SPD

Die Frage ist etwas uneindeutig formuliert. Wenn es tatsächlich so ist, dass es strukturelle Probleme zwischen kommunaler und landesseitiger Förderung gibt, so wird es möglicherweise unumgänglich sein, zu ihrer „Harmonisierung“ auch bestehende Strukturen in Frage zu stellen. Zu diesen Problemen liegen uns aber leider keine ausreichenden Erkenntnisse vor, um hier eine umfassende Antwort zu geben, die auch die Unterschiedlichkeit der Situation vor Ort berücksichtigt. Generell gehen wir aber davon aus, dass Politik zukünftig den Blick mehr auf die Kinder richten und versuchen sollte, von ihren Bedürfnissen aus ein gesundes Aufwachsen und einen gelingenden Bildungsweg zu planen. Dies kann unserer Auffassung nach am besten auf regionaler bzw. kommunaler Ebene passieren, da hier Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Jugend, aus staatlichen,

kommunalen und freien Trägern zusammenkommen und die Kompetenzen vor Ort bündeln müssen. Kompetenzschwierigkeiten und Abgrenzungsprobleme sollten nach unserer Auffassung nachrangig behandelt werden. Wenn sich nun aber, was sich immer mehr als Realität herausstellt oder zumindest in vielen Kommunen abzeichnet, mehrere unterfinanzierte Partner zum besagten „Konzert“ einfinden, so kann dabei nicht sehr viel für die Kinder und Jugendlichen herauskommen.

Frage 3

Kinder- und Jugendarbeit sieht weiterhin die Notwendigkeit der Rücknahme der Kürzung des Kinder- und Jugendförderplanes und seiner bedarfsgerechten Anhebung auf mindestens 96 Mio. Euro. Derzeit den Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eine auf 5 Jahre hin unkürzbare Förderung zuzusichern, also die Planungssicherheit zu verbessern, scheint ein Höchstmaß an landespolitischer Selbstverpflichtung zu sein.

Unsere Frage: Ist da nicht mehr drin? Wie wollen Sie Vielfalt, Zuverlässigkeit und Verbindlichkeit der pädagogischen Angebote im außerschulischen Bereich, so wie es der Bericht der Enquete-Kommission „Chancen für Kinder“ einfordert, verbessern?

(zu 3) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bündnis 90/Die Grünen NRW hat die Forderung nach den zwischen allen im Landtag vertretenen Parteien und der Volksinitiative 2004 vereinbarten 96 Millionen Euro für die Kinder- und Jugendförderung immer unterstützt. Wir haben ebenso die Volksinitiative unterstützt, die sich gegen den Wortbruch von CDU und FDP richtete, als es im Haushalt 2006 zur Kürzung von 96 Millionen auf letztlich 80 Millionen Euro kam. Umso erstaunter waren wir, als die Jugendverbände sich mit der Landesregierung auf den „Pakt mit der Jugend“ auf Basis einer Finanzierung

von 80 Millionen Euro einigten. Im grünen Programm wird der Schwerpunkt auf eine Neuausrichtung des Kinder- und Jugendförderplans gelegt (siehe 2.) mit einem ausgewogenen Mix aus der Förderung von Strukturen und Projekten. Für einzelne Bereiche werden auch Mittelерhöhungen gefordert. Bekanntlich hat die Landtagsfraktion – wie auch in früheren Jahren – bei der Beratung des Landeshaushalts 2010 einen Betrag von 96 Millionen Euro beantragt, was jedoch von CDU und FDP abgelehnt wurde.

(zu 3) CDU

(Zusammenfassende Antwort auf Fragen 1–4). ... Gerade der Bereich der außerschulischen Bildung kann zusätzlich davon profitieren, dass Kooperationsangebote der Jugendarbeit bei den offenen Ganztagschulen aus den hierfür bereitgestellten Mitteln finanziert werden können. Auch diese Mittel haben wir im Jahr 2006 erhöht. Angesichts der Tatsache, dass Kinder- und Jugendarbeit vorrangig eine kommunale Aufgabe ist, ist die Landesförderung für diesen Bereich hoch zu bewerten. ... *(Fortsetzung bei Frage 4)*

(zu 3) FDP

Ein Schwerpunkt der von den Liberalen mitgetragenen Jugendpolitik der vergangenen fünf Jahre war die Stärkung der außerschulischen Bildungsorte. Für uns ist Bildung mehr als nur ein Schulfach. Vielmehr ist Bildung die Fähigkeit, selbstverantwortlich zu handeln und eigene Interessen wahrzunehmen. Bildung schafft ein Bewusstsein dafür, dass man ein Recht und die Chance hat, sich selbst zu verwirklichen. Vor diesem Hintergrund kommt den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, dazu zählen unter anderem die 2.320 offenen Jugendeinrichtungen und 45 Jugendkunstschulen, und den Jugendverbänden eine neue Bedeutung zu. Sie müssen selbständig einen Bildungsauftrag erfüllen und sich einbringen in die Bil-

dungslandschaft vor Ort. Dieser neuen Rolle entspricht auch der Förderschwerpunkt des Kinder- und Jugendförderplans der vergangenen fünf Jahre. Es wurde bewusst mehr Geld in leistungsfähige Strukturen der verbandlichen, offenen, kulturellen, internationalen Jugendarbeit investiert, um sie als eigenständige Bildungsorte zu stärken. Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit haben wir zunächst verlässlich auf rund 75,1 Millionen Euro festgeschrieben und zuletzt auf über 80 Millionen Euro erhöht. Über die Hälfte der Mittel, nämlich 42,8 Millionen Euro, fließt dabei in die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Die Liberalen in Nordrhein-Westfalen wollen diese Förderstruktur beibehalten.

(zu 3) DIE LINKE

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach der Rücknahme der Kürzung des Kinder- und Jugendförderplans und wird sich im Landtag für eine Anhebung einsetzen. Um pädagogische Angebote im außerschulischen Bereich zu verbessern, will DIE LINKE zusätzliche Landesmittel für die Förderung von Freizeiteinrichtungen bereit stellen und ein Programm zur Schaffung von möglichst selbstverwalteten Jugendzentren schaffen.

(zu 3) SPD

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass sich die NRWSPD für eine deutliche Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplanes einsetzt. In den Haushaltsdebatten der letzten Jahre wurde seitens unserer Landtagsfraktion immer wieder eine gesetzesgemäße Ausstattung mit 96 Mio. Euro beantragt, die immer wieder von der schwarz-gelben Mehrheit abgelehnt wurde – trotz anderslautender Beteuerungen. Wir bekräftigen an dieser Stelle erneut, dass wir auch nach der Wahl für diesen Betrag eintreten werden. Die Frage, ob da noch mehr drin ist, wird sich dann von dort aus sicherlich neu stellen.

Die in der Frage angesprochene Enquete-Kommission „Chancen für Kinder“ wurde bekanntlich auf Initiative der SPD-Fraktion eingerichtet und hat nach zwei Jahren intensiver Arbeit mit Expertinnen und Experten eine Menge Handlungsempfehlungen abgegeben, auf die wir hier nicht im Einzelnen eingehen können. Wir sehen jedenfalls nicht nur die Notwendigkeit, außerschulische Bildung zu verbessern, sondern fühlen uns außerdem auch aufgefordert, insgesamt über die Fragen der formalen, der nonformalen und der informellen Bildung neu nachzudenken, die Stellung der verschiedenen Bildungsbereiche zueinander anders als bisher zu definieren. Wir wollen die Partizipation der Jugendlichen stärken, wir wollen aber auch, dass die verschiedenen Bildungsbereiche mehr voneinander lernen. Es macht aus unserer Sicht wenig Sinn, heute für einzelne Bereiche feste Zusagen zu machen, bevor nicht ein geordneter Dialog aller Beteiligten geführt wurde. Durch unser Bekenntnis zur Aufstockung des Kinder- und Jugendförderplans wollen wir dokumentieren, dass wir uns hierbei selbstbewusste und starke Partner wünschen, die die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Blick haben.

Frage 4

Vorschulische und schulische Strukturen wurden in den letzten Jahren durch die Landesregierung erheblich gestärkt.

Unsere Frage: Will man nicht nur schlaue, sondern auch eigeninitiative, persönlichkeitsstarke und demokratische Mitmenschen, dürfen dann die Stärken außerschulischer Arbeit weiterhin auf Sparflamme gehalten werden? Oder sollen weiterhin freizeit- und sozialpädagogische Angebote zugunsten schulorientierter Angebote eingengt werden?

(zu 4) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Aussage, dass vorschulische und schu-

lische Strukturen durch die aktuelle Landesregierung erheblich gestärkt worden seien, teilen wir nicht. Auch den in der Fragestellung konstruierten Gegensatz zwischen schlaun (= Schule) und eigeninitiativen, ... (= Jugendförderung) Mitmenschen sehen wir nicht. Allerdings ist es Fakt, dass die Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule, des Abiturs nach 8 Jahren und der von allen Parteien gewollte Ausbau von Ganztags- schulen die zeitlichen Freiräume von Kindern und Jugendlichen für andere Aktivitäten einengen. Dies betrifft auch freizeit- und sozialpädagogische Angebote. Bündnis 90/ Die Grünen gehen von einem ganzheitlichen Bildungsbegriff aus, der formale Bildung, Inklusion und non-formale Bildung einschließt. Die außerschulische Bildung hat hier einen eigenen wichtigen Stellenwert. Diesen zu erhalten kann nur in Kooperation mit Schule gelingen und muss auf örtlicher Ebene organisiert werden. Um die Jugendhilfe in diesem Prozess zu stärken, sieht unser Programm mehr Mittel für die entsprechenden Träger vor.

(zu 4) CDU

(Zusammenfassende Antwort auf Fragen 1–4). ... Die konkrete Ausgestaltung eines vielfältigen und zuverlässigen Angebotes bleibt Aufgabe der Kommunen. Doch mit der gerade im Bereich der offenen Jugendarbeit verlässlichen, landesseitigen Unterstützung wird ein Beitrag geleistet, dass die Kommunen die damit verbundenen Aufgaben erfüllen können.

(zu 4) FDP

Die eigenständige Kinder- und Jugendarbeit begründet unserer Ansicht nach einen unverzichtbaren Beitrag für die Förderung junger Menschen: Schule kann Jugendarbeit nicht ersetzen, aber Jugendarbeit kann Schule ergänzen.

Wir haben die Mittel für Vereine und Ver-

bände insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung flexibilisiert, um auch Vereinen und Verbänden aus den Bereichen Sport, Kunst, Kultur, Musik usw. eine verbesserte Einbindung in den Ganztagsbereich zu ermöglichen. Diese bessere Verzahnung zwischen schulischen und freizeitorientierten Angeboten eröffnet den Anbietern die Chance, Kinder und Jugendliche frühzeitig an Angebote, wie das der AGOT, heranzuführen. So können Kinder und Jugendliche über die schulischen Aktivitäten hinaus für künstlerische, sportliche oder auch musische Aktivitäten ermutigt werden. Zudem setzt sich die FDP für eine aktive Bürgergesellschaft ein. Wir wollen Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitig für ein freiwilliges ehrenamtliches Engagement begeistern.

(zu 4) DIE LINKE

DIE LINKE setzt sich für „Eine Schule für Alle“ von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagesform ein. Diese Schulform, die alle existierenden Schulformen einbezieht, soll Plattform für soziale Entwicklung sein, so dass nicht nur das gemeinsame Lernen, sondern auch die gemeinsame Gestaltung der Freizeit dazugehört. Vielfältige Sport-, Musik- und Freizeitangebote fördern aus unserer Sicht das Miteinander, die Freude am Lernen und die gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Dies muss in einem Prozess Hand in Hand mit den Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit gestaltet werden, um ein vielfältiges Angebot zu haben und so Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich zu selbstbewussten, solidarischen und demokratischen Mitmenschen zu entwickeln.

(zu 4) SPD

Wir sind ausdrücklich nicht der Meinung, dass die frühkindliche Bildung durch das sogenannte Kinderbildungsgesetz (KiBiz), die Sprachstandsfeststellungsverfahren und

durch die strukturelle Unterfinanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder gestärkt wurde. Außerdem sind wir auch ausdrücklich nicht der Meinung, dass die schulische Bildung durch die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlungen, durch das Turbo-Abitur und die Abschaffung der Drittelparität erheblich gestärkt wurden. Wir sehen in den Maßnahmen der schwarz-gelben Landesregierung eher eine Verschärfung des Leistungsdrucks und der sozialen Auslese am Werk.

Doch darauf zielte die Frage nicht ab. Prinzipiell sehen wir keinen Widerspruch darin, Kindertagesstätten und Schulen besser zu fördern und gleichzeitig die Stärken außerschulischer Arbeit hervorzuheben. Ganz im Gegenteil sind wir davon überzeugt, dass ein Hin- und Herschieben von Mitteln zwischen den Bildungsbereichen am Ende ein Nullsummenspiel sein wird. Wir wollen die Stärken der offenen Kinder- und Jugendarbeit wie auch die der Jugendverbandsarbeit wieder mehr hervorheben: Es geht um die Förderung der Selbstwirksamkeit, die für jeden Bildungsprozess wichtig ist, wie auch um die Förderung des Gedankens der Selbstbestimmung und Partizipation. An diesen Ideen sollten auch Kindertageseinrichtungen und Schulen ein großes Interesse haben. Daher können sie sicherlich eine Menge von der Sozialpädagogik und den Jugendverbänden lernen. Umgekehrt gehen wir davon aus, dass auch seitens der Jugendverbände und der Sozialpädagogik ein gemeinsames Interesse an einer möglichst optimalen Förderung in Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie an hochwertigen Bildungsabschlüssen und guten Inhalten besteht.

Insofern lassen sich beide Fragen aus Sicht der NRWSPD sehr eindeutig beantworten: Nein, die Stärken der außerschulischen Angebote dürfen nicht auf Sparflamme gehalten werden. Nein, sozialpädagogische Angebote sollten nicht zugunsten schulischer Angebote eingeengt werden.

Frage 5

Viele Kommunal- und Landespolitiker/-innen scheinen überwiegend nichts mit der Jugend „am Hut“ zu haben.

Unsere Frage: Welche Möglichkeit sehen Sie, mehr Parteifreunde/Parteifreundinnen für die Lebenssituation und Belange junger Menschen zu interessieren?

(zu 5) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bei Bündnis 90/Die Grünen gibt es ein sehr hohes Interesse an der Lebenssituation und den Belangen Jugendlicher. Die Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen und die Schaffung eines Bildungssystems, das allen die gleichen Chancen bietet, sind zentrale Themen unserer Politik. Wir werden sehr stark von ErstwählerInnen gewählt, weil wir besonders Themen aufgreifen, für die sich junge Menschen interessieren. Im Landtag haben wir in einer Vielzahl von Anträgen und Anfragen jugendpolitische Themen wie Medienkompetenz, Jugendgewalt oder Partizipation gesetzt. Wir haben die Volksinitiative unterstützt, jährlich ein Offenes Jugendplenum durchgeführt und zuletzt die Große Anfrage „Jugendliche in Nordrhein-Westfalen: Perspektiven durch Teilhabe, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit“ gestellt.

Etwa 2.400 Jugendliche sind Mitglieder der Jungen Grünen NRW, die in allen Parteigremien reichlich vertreten sind, nicht zuletzt auch auf unserer Liste zur Landtagswahl. Die Landtagsfraktion führt regelmäßig gut besuchte Dialogveranstaltungen mit Jugendlichen durch. Die Abgeordneten werden in hohem Maße in Schulen und von Jugendgruppen eingeladen oder erhalten entsprechende Besuche. Die Fraktion bildet aus, Fraktion und Landesverband haben ständig eine hohe Anzahl an (Schüler) PraktikantInnen, die Fraktion bietet ab Sommer ein freiwilliges soziales Jahr im politischen Leben an.

(zu 5) CDU

Bei der Beantwortung der weiteren Fragen – insbesondere der Frage 3 und der aktuellen Zusatzfrage – haben Sie uns dankenswerter Weise die Gelegenheit gegeben, darzustellen, was wir seit dem Jahr 2005 für die offene Kinder- und Jugendarbeit erreichen konnten. Dies wäre in der Zeit knapper Kassen auf allen staatlichen Ebenen nicht möglich gewesen, wenn wir uns nicht so massiv für die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen eingesetzt hätten. Uns ist eine enge Abstimmung mit den Interessen der Kinder und Jugendlichen wichtig. Daher hören wir ihnen zu und geben ihnen Gelegenheit, uns ihre Wünsche und Bedürfnisse mitzuteilen. Dafür sind der Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen, der „Pakt mit der Jugend“ und der Wettbewerb Vision 2025, an dem sich fast 3.000 Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen beteiligt haben, nur einige Beispiele.

(zu 5) FDP

Für die Kommunal- und Landespolitiker der FDP hat die Jugendpolitik eine große und in Zukunft noch weiter wachsende Bedeutung. Insbesondere im Jugendverband der FDP, den Jungen Liberalen (JuLis), sind viele junge Menschen vertreten, die sich für Themen, die die Jugend betreffen, einsetzen. Die Mitglieder der JuLis sind zwischen 14 und 35 Jahre alt und bekennen sich zu Toleranz, Weltoffenheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Freiheit. Die JuLis in Nordrhein-Westfalen stehen im Dialog mit der FDP NRW. Oft geben sie wichtige Anregungen, wie jugendliche Anliegen besser in der Kommunal- und Landespolitik berücksichtigt werden können. Zudem sind die Kommunal- und Landespolitiker der FDP NRW verhältnismäßig jung und setzen sich für die Interessen der Jugend häufig schon in eigener Sache ein. So ist beispielsweise der heutige Generalsekretär der FDP, CHRISTIAN LINDNER, als bisher jüngster Landtagsabgeordneter aller Zeiten im Jahr

2000 mit nur 21 Jahren in den Düsseldorfer Landtag eingezogen.

(zu 5) DIE LINKE

Kinder und Jugendliche sind für DIE LINKE gleichberechtigte Teile der Gesellschaft. Aus unserer Sicht ist ihr Leben jedoch häufig belastet durch Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und wachsenden Leistungsdruck. Ihre Chancen sind abhängig vom Geldbeutel der Eltern, und der wurde durch die Kürzungen von Sozialleistungen und Löhnen in den letzten Jahren immer weiter geschröpft. Jugendliche sind deshalb nicht zwangsläufig politikverdrossen – sie haben nur keinen Bock auf die herrschende Art von Politik. Fakt ist: Die Politik ist jugendverdrossen. Die Regierung nimmt denjenigen Zukunftschancen, die sich am wenigsten wehren können. Dessen ist sich DIE LINKE bewusst und will daran etwas ändern. Kinder- und Jugendpolitik muss genau so ernst genommen werden wie andere Politikfelder. Auch dafür steht DIE LINKE.

(zu 5) SPD

Insgesamt sehen wir in der NRWSPD das Interesse an der Lebenssituation und an den Belangen junger Menschen auf einem breiten Fundament, wenn es sicher auch bei der einen oder anderen Person Nachholbedarf gibt. Grundsätzlich sehen wir es aber als vorrangig an, Kindern und Jugendlichen selbst eine Stimme zu geben und diese dann auch zu hören. Dafür setzen wir uns auf vielen Ebenen ein. Auf Bundesebene wollen wir Kinderrechte mit in die Verfassung aufnehmen - wie bereits in Nordrhein-Westfalen geschehen. Wir wollen eine systematische Information über Kinderrechte in Kindertagesstätten und Schulen, aber selbstverständlich auch in offenen Angeboten und in der Jugendverbandsarbeit fördern. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche in allen Belangen mitreden dürfen, die sie selbst betreffen. In vielen Kommunen und auch in vielen Einrichtungen sehen wir

ausgesprochen positive Ansätze. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Politik, auch der zukünftigen Landesregierung, diese Ansätze zu fördern und den Dialog mit Kindern und Jugendlichen zu führen. Dazu gehört mehr als Interesse.

Zusatzfrage aus aktuellem Anlass:

Bezüglich der kommunalen Finanzen zeichnen sich dramatische Entwicklungen ab. Vermehrt werden Kürzungsabsichten auch für den Jugendbereich ausgesprochen.

Die Zusatzfrage: Betrachten Sie es auch als notwendig, für die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit einen „Rettungsschirm“ zu spannen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es wäre falsch, eine Vielzahl an Rettungsschirmen und Rettungsschirmchen für unterschiedliche Gruppen aufzuspannen, richtig ist vielmehr, die allgemeine finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern. Grüne haben dazu Vorschläge gemacht, z. B. Auslaufen des Solidarpaktes Ost und Umleitung der Mittel in einen Bildungssoli, Einbeziehung freier Berufe in die Gewerbesteuer, Schaffung eines Altschuldenfonds durch das Land, strikte Einhaltung der Konnexität (= keine neuen Aufgaben ohne Finanzierung), Absenkung des kommunalen Anteils an den Unterbringungskosten für Hartz IV-EmpfängerInnen. Eine Absage an weitere Steuersenkungen, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45%, die Einstellung von mehr SteuerprüferInnen, Abschmelzen des Ehegattensplittings sind andere GRÜNE Vorschläge, die die Einkünfte der Kommunen – hier über den kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer – verbessern. Dass die Landesregierung die Beteiligung an Elternbeiträgen für Kitas um 84,5 Millionen Euro gekürzt hat und Betriebskostenzuschüsse des Bundes für Kommunen zum

Ausbau der Kinderbetreuung einbehält (45 Millionen) sind weitere Beispiele für die Plünderung der kommunalen Kassen. Letztlich geht es dabei um den Erhalt der Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand für wichtige staatliche Aufgaben, zu denen auch die Kinder- und Jugendförderung gehört.

CDU

Eine aktuelle Auswertung der kommunalen Kinder- und Jugendförderpläne für den 9. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung hat ergeben, dass statt Mittelkürzungen im letzten Jahr in über 40% der ausgewerteten Jugendämter eine Erhöhung der Mittel stattfand und in 51,9% die Mittelansätze gleich geblieben sind. Nur in 7,7% fanden Kürzungen statt. Durch die Einrichtung einer Dialogplattform im Rahmen der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene haben wir erstmalig erreicht, dass bereits Anfang März der Bund, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände in der Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung begonnen haben, über die strukturellen Finanzprobleme zu reden. Denn nur im Dialog auf Augenhöhe werden wir die Probleme der Kommunen nachhaltig und zukunftsweisend lösen. Wir streben an, dass das Land trotz der großen finanziellen Belastungen seine Förderung konstant hält, nachdem sie in den letzten Jahren sogar noch erhöht wurde.

FDP

Um die negativen Folgen der Wirtschaftskrise auf kommunaler Ebene abzufedern, hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition den Kommunen im Rahmen des Konjunkturpakets II schnell und unbürokratisch rund 84% des Gesamtfördervolumens zur Verfügung gestellt. Dies ist die bundesweit höchste Weiterleitungsquote. Hierdurch stehen für die Krisenjahre 2009 und 2010 rund 2,4 Milliarden Euro an zusätzlichen

Mitteln für Investitionen in Bildung und Infrastruktur zur Verfügung. Darüber hinaus hat das Land mit dem Haushaltsgesetz 2010 verbesserte Möglichkeiten geschaffen, die Teilhabe finanziell angeschlagener Kommunen an wichtigen Förderprogrammen zu gewährleisten. Durch Herabsetzung des Eigenanteils auf 10% sowie die Schaffung der Möglichkeit, den Eigenanteil auch durch zweckgebundene Spenden erbringen zu können, wurde der Fördermittelzugang substantiell erleichtert.

DIE LINKE

Ja, die kommunale Haushaltsschieflage darf nicht auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ausgetragen werden.

SPD

Es macht aus unserer Sicht wenig Sinn, über alle möglichen Politikbereiche Schirme zu spannen, wenn es am Ende überall durchregnet. Wir setzen klare Schwerpunkte, zu denen für uns als NRWSPD prioritär die Bildung in all ihren Formen und die Kommunalfinanzen gehören.

Projektfinanzierung: Ein Beispiel aus NRW

Seit längerer Zeit schon verschiebt sich bei Trägern der Kinder- und Jugendarbeit das Verhältnis zwischen Grundförderung und der sogenannten Projektförderung. Grundförderung bedeutet, dass sich der Träger darauf in gewisser Weise „verlassen“ kann, denn sie steht nicht andauernd zur Disposition. Zumindest ist das die gängige Praxis, denn selbstverständlich kann der Landtag oder ein Gemeinderat bei der Verabschiedung seines Haushalts wieder etwas anderes beschließen. Solchen Veränderungen gehen aber in der Regel Gespräche voraus. Eine Projektförderung ist dagegen immer zeitlich befristet und bietet wenig Spielraum für die Verwendung dieses Projektzuschusses. Projekte waren eine Möglichkeit zu experimentieren, Neues auszuprobieren, Ideen zu verwirklichen jenseits des Alltagsgeschäftes, das durch die Grundförderung abgesichert war.

Seit Jahren reicht diese Grundförderung jedoch oft nicht mehr dafür aus, die Personalkosten zu decken. Vielmehr müssen Projekte „an Land gezogen“ werden, um MitarbeiterInnen in Lohn und Brot halten zu können – mit dem paradoxen Ergebnis, dass damit wiederum

Ressourcen abgezogen werden und das Alltagsgeschäft leidet. Und das nicht erst mit der Umsetzung eines Projekts. Die Beantragung von Projektgeldern wird immer aufwändiger und verlangt bei manchen Fördertöpfen ein Fachwissen, das mühsam erarbeitet werden muss und auch bei der Abwicklung (Verwendungsnachweise etc.) einen hohen bürokratischen Einsatz verlangt. Die Arbeit im Vorfeld erfolgt nach dem Prinzip Hoffnung, denn es völlig unsicher, ob ein Projektantrag bewilligt wird oder nicht. Auch die Frage nach dem Startschuss, der Höhe der bewilligten Mittel oder die nach einem Nachfolgeprojekt steht in den Sternen. Kaum thematisiert wird ein letzter Aspekt, nämlich die Auswirkungen all dieser Unsicherheitsfaktoren auf die beteiligten MitarbeiterInnen.

Wie die Projektförderung insgesamt zukünftig gestaltet wird, wie viele Abstriche es auch in diesem Bereich geben wird, weiß man derzeit nicht. Es bleibt aber zu befürchten, dass die folgenden (anonymisierten) Erfahrungen eines Trägers aus Nordrhein-Westfalen nicht ein singuläres Beispiel bleiben werden.

An

Landschaftsverband/Landesjugendamt

(Antrags- und Bewilligungsbehörde)

Frau G. H. (Ansprechpartnerin) in M.

**Begründung für die Zurücknahme des Antrags Pakt mit der Jugend 2010
Landesjugendplan – Position 4.3 Kinder- und Jugendförderplan NRW
Projekt: „Lernen – Handlungsorientiert und Lebenslang!“ / Az.: 000**

8. April 2010

Sehr geehrte Frau G. H.,

mit diesem Schreiben möchten wir dem Landesjugendamt ausführlich begründen, weshalb der Verein ABC e.V. aus F. erstmalig einen Projektantrag zurückziehen und zugleich den Bereich der Projektarbeit für Kinder und Jugendliche aufgeben muss!

Der Verein fördert, wie Sie wissen, bereits seit 1997 Kinder und Jugendliche über handlungsorientierte Methoden aus der Spiel- und Erlebnispädagogik. Mehrtägige Klassenfahrtenprogramme für Schüler und Angebote zur Bewegungsförderung im Offenen Ganztag sind heute die Hauptarbeitsfelder des Vereins.

Bereits seit 2004 entwickeln hoch motivierte engagierte Mitarbeiter zusätzlich Konzepte für Kinder- und Jugendprojekte. Diese stärken benachteiligte Mädchen und Jungen in sozialen Brennpunkten in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Sozialkompetenz und ermöglichen ihnen niederschwellige handlungsorientierte Lernangebote, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Gewaltprävention und Berufsvorbereitung. Über die qualitativ hochwertige

erlebnispädagogische Projektarbeit des ABC e.V. aus den letzten Jahren liegen dem Land zahlreiche Berichte und öffentlichkeitswirksame Dokumentationen vor.

Die Antragsstellung für die Projektarbeit erfolgte bislang beim Landesjugendamt, beim Ministerium und bei Stiftungen. Die zur Umsetzung erforderlichen Drittmittel wurden beim Jugendamt F. oder über Spendenaufrufe eingeworben. Eigenmittel konnten, wenn auch nur sehr beschwerlich, aus den Einnahmen der Bereiche Klassenfahrten und Offenen Ganztagsschule aufgebracht werden. Ich bezeichne es als beschwerlich, weil bei der Preisgestaltung der beiden Bereiche immer berücksichtigt werden muss, dass auch hier die Zielgruppe nicht zahlungskräftig, sondern förderbedürftig ist – und zugleich die Einnahmen alle Kosten für die Vereinsarbeit decken muss. Hierzu zählen u.a. anfallende Kosten für Versicherungen, Miete für Büro- und Lagerräume, Büromaterialien, Spiel- und Klettermaterial, Mitgliedsbeiträge bei

Dachverbänden, Ausbildung der Mitarbeiter und Sicherheitsmanagement, Fahrzeuge, Buchhaltungskosten, Strom, Gas, Computerwartung, Telefon, Internetseite, Leitung der Arbeitsbereiche etc. Die Anforderung, aus diesen Einnahmen zusätzlich noch die Verwaltungskosten zu decken, die für die Abwicklung der Kinder- und Jugendprojekte entstanden, und die bei der Mittelbeantragung keine Berücksichtigung finden, brachte den Verein in regelmäßigen Abständen in ernstzunehmende Existenznöte.

Die Aufforderung an das Jugendamt der Stadt F., eine Strukturförderung zur Unterstützung und zum Erhalt unserer Arbeit einzurichten, fand kein Gehör. Im Gespräch wurde uns nahe gelegt, einen Bereich der Senientouristik aufzubauen oder auch eine kommerzielle Vermarktung unserer Angebote anzustreben, um die Kinder- und Jugendarbeit auf diesem Weg selbst zu refinanzieren. Beides entspricht jedoch weder der Ausbildung unserer Mitarbeiter, noch unserer pädagogischen Zielsetzung und Ausrichtung.

Bis 2006 gab es die Bereitschaft der Projektmitarbeiter, ohne Festanstellung für den ABC e.V. zu arbeiten. Die Konzepte wurden ehrenamtlich entwickelt und dann auf Honorarbasis abgewickelt. Auch mit der Konsequenz, jeweils in der Zeit vor und zwischen der Beantragung bis hin zur Bewilligung ohne Einnahmen zu verbleiben. Dann entwickelte sich auf Grund des fortgeschrittenen Alters und der langjährigen Erfahrung der Mitarbeiter ein Mindestmaß an Sicherheitsbedürfnis. Der Verein benötigte auf der anderen Seite ebenso die Sicherheit, dass die langjährige Erfahrung in der Konzeptentwicklung und der Projektabwicklung erhalten bleibt.

Daher entschied sich der ABC e.V., Mit-

arbeiter anzustellen. Neben einem Grundvertrag für verschiedene, vor allem organisatorische Aufgaben im Verein, wurden je nach Projektförderungen Stunden für die Kinder- und Jugendprojektorbeit aufgestockt. Dies erforderte immer ein hohes Maß an Flexibilität für die Mitarbeiter, da z. T. mehrere Projekte parallel abgewickelt wurden.

2008 lief ein über zwei Jahre finanziertes Jugendprojekt aus. Zeitgleich schlugen mehrere Versuche fehl, Fördergelder für weitere Kinder- und Jugendprojektorbeit zu akquirieren. Ein Projektantrag an eine große Stiftung wurde als durchaus interessant eingestuft. Nachdem drei Mitarbeiter über ein Jahr lang den Antrag angefertigt, kooperationswillige Partner in NRW akquiriert hatten etc., wurde der Antrag kurz vor geplantem Projektbeginn abgelehnt. Der Geschäftsführer wechselte unerwarteterweise und die Stiftung richtete sich inhaltlich neu aus. Einem sehr engagierten langjährigen Projektmitarbeiter mussten wir in Folge kündigen. Dieser stand dann in den nächsten Jahren auch nicht mehr für die beim Land beantragten Projekte zur Verfügung.

Abgelehnt wurde ebenso ein Jugendprojekt, was im Rahmen des Pakts mit der Jugend 2009 beantragt wurde, an dem zwei Mitarbeiterinnen ein $\frac{3}{4}$ Jahr lang im Jahr 2008 Zeit und Energie investierten. Es war der Versuch, ein handlungsorientiertes Jugendprojekt zur Berufsvorbereitung ins Leben zu rufen, was von überregionaler Bedeutung und Nachhaltigkeit gewesen wäre. Das Projekt wurde am 17.3.2009 beantragt und am 28.8.2009 abgelehnt. Begründung: „Zur Förderung der Projekte, die im Rahmen des Paktes mit der Jugend gestellt wurden, standen mir nur begrenzt Mittel zur Verfügung. Ich war von daher

gehalten, die Bewertungskriterien sehr strikt anzulegen. In Abstimmung mit der Obersten Landesjugendbehörde habe ich in den Kriterien der ‚Vermeidung der Konzentration der zur Verfügung stehenden Mittel auf einzelne Antragssteller‘ sowie der ‚Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit‘ besondere Geltung beigemessen.“

Im November erhielten wir die Information, dass nicht alle Gelder aus dem Fördertopf des Pakts mit der Jugend aufgebraucht wurden. Auch passte dies nicht zu den Anforderungen, die uns von Seiten der Dachverbände vermittelt wurden, die wiederum auf Gesprächen im Ministerium basierten: „Bitte Anträge einreichen, die von landesweiter Bedeutung sind, Leuchtturmprojekte, Nachhaltigkeit ist wichtig, etc.“ Die Anforderungen wurden von uns erfüllt – die Höhe der Finanzierung entsprach dem dafür benötigten Aufwand. Es gab keine Anhaltspunkte für den Verein, dass es sich um Projekte bis zu einer Fördersumme von lediglich 15.000 Euro handeln sollte.

Auch ein größeres integratives Projektvorhaben, was von der Kommune finanziert werden sollte und kurz vor der Umsetzung stand, wurde auf Grund der Haushaltsperre in F. wieder zurückgenommen. Für weitere gestellte Projektanträge erhielt der ABC e.V. Absagen, wie z. B. für die Beantragung bei der Initiative „Ich kann was!“, für das Europäische Jahr 2010, für den Stadtförderpreis und auch für den Projektantrag beim Landesjugendamt in der Position 5, die unerwarteterweise gestrichen wurde. Die schlechte finanzielle Situation vieler Kommunen führt u.E. dazu, dass Geld für Projekte dort eingespart werden, was zur Folge hat, dass eine Vielzahl von Trägern sich genötigt sieht, sich um die gleichen Geldtöpfe zu bemühen.

Meine Kollegin und ich haben dann noch mal den Versuch unternommen, ein Projekt über den Pakt mit der Jugend zu beantragen und eines über die Position 4.3. (präventive pädagogische Angebote) des Landesjugendamtes. Die Anforderungsprofile an die eingeplanten Mitarbeiterinnen im Projekt sind auf die Kompetenzen und Ausbildungen von mir und meiner Kollegin zugeschnitten.

Der Erhalt unserer Stellen ist uns leider nicht geglückt. Ende 2009 waren die Rücklagen aus den Arbeitsbereichen restlos aufgebraucht und die finanzielle Situation des Vereins erforderte neben materiellen Sparmaßnahmen die Kündigung meiner Kollegin. Nach 3,5 Monaten Arbeitslosigkeit wird sie Mitte April mit 30 Stunden außerhalb F.s in einem anderen Arbeitsfeld tätig. Ihre Mitarbeit beim ABC e.V. reduziert sich insgesamt auf 10 Stunden. Sie ist in ihrer Zeitplanung und Flexibilität so stark eingeschränkt, dass sie für die Umsetzung des Projektes nicht mehr zur Verfügung stehen kann.

Ich habe seit Anfang Februar meine Stunden beim ABC e.V. auf 10 Stunden pro Woche reduzieren müssen und habe einen Job in der freien Wirtschaft angenommen. Die verbleibende Zeit beim ABC e.V. reicht lediglich aus, die Bereiche Klassenfahrten und Offene Ganztagschule so zu unterstützen, dass diese stabil bleiben und wir unsere Infrastruktur nicht aufgeben müssen. Somit kann ich mich nicht mehr in der Kinder- und Jugendprojektarbeit einbringen, weder in der Konzeptentwicklung und Umsetzung der Ideen, noch in den verschiedenen Gremien und Netzwerken in der Kommune, die ich über Jahre aufgebaut habe.

Ihrer Aufforderung nach einer Begründung für den Einsatz von Personalkosten

statt Honorarkosten möchte ich gern noch im Detail nachgehen, soweit sich dies nicht durch die vorhergehenden Beschreibungen bereits von selbst erklärt hat.

Die Umsetzung des beantragten Projektes erfordert den Einsatz von professionellen und ausgebildeten Pädagogen mit Hochschulabschluss. Zugleich erfordert sie intensive Berufserfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit und Wissen um die Struktur und die Kontakte des ABC e.V., Öffentlichkeitsarbeit, Wissen um den Umgang mit Menschen aus der freien Wirtschaft etc. Meine Kollegin ist Diplom-Sozialpädagogin (FH), hat sich zur Wellnesstrainerin (IST) weitergebildet, ist seit mehr als 12 Jahren für den ABC e.V. als Outdoor- und Ropes-Course-Trainerin tätig und entwickelt seit 2004 gemeinsam mit mir Konzepte für Kinder- und Jugendprojekte. Ich selbst bin Diplom-Pädagogin, verfüge über eine Zusatzausbildung Kommunikationspsychologie und eine Weiterbildung als Psychodrama-Praktikerin und arbeite seit 1996 als Spiel- und Erlebnispädagogin in verschiedenen Arbeitsfeldern. Wir beide kennen die Vereinsstrukturen sehr gut, verfügen mittlerweile über sehr gute Kenntnisse im Bereich der Finanzabwicklung von Projekten, sitzen in den kommunalen Gremien zur Pflege der benötigten Netzwerke und verfügen über langjährige Erfahrung in der stadtteilbezogenen Jugendprojektarbeit. Wir kennen mögliche Projektpartner und ihre Bedarfe und pflegen seit mehreren Jahren den Kontakt zu kooperationsbereiten Unternehmern und Firmen aus der freien Wirtschaft, die für die Umsetzung des Projektes notwendig gewesen wären.

Wir bilden jedes Jahr freie Mitarbeiter im Bereich der Erlebnis- und Spielpädagogik aus. In der Regel sind dies Studenten,

die kurz vor dem Studienabschluss stehen und extra für den Bereich der Klassenfahrten und der Offenen Ganztagschule qualifiziert werden. Kenntnisse im Bereich des Projektmanagements liegen nicht vor. Es gibt dort keine Kenntnisse im Bereich Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit, Verwaltung von Projektgeldern, Umgang mit Menschen in der Wirtschaft, Arbeit mit Jugendlichen und Eltern aus einem sozialen Brennpunkt, etc. Der Einsatz von freien Mitarbeitern auf Honorarbasis wäre definitiv in diesem Projekt nicht möglich gewesen, wenn das Konzept in der angekündigten Qualität hätte umgesetzt werden sollen. Der Begründung für einen Personaleinsatz möchte ich abschließend noch drei extrem hohe Hürden hinzufügen, die von einem Träger auf Dauer nicht überwunden werden können, der in seiner Grundstruktur nicht kommunal gefördert ist.

Die erste Hürde betrifft den Zeitraum der Bearbeitung eines Antrages. Zwischen der Abgabe eines schriftlichen Projektantrages bis zur Bewilligung liegt ein enorm großer Zeitraum. Die Vorbereitung und Erstellung des Antrages erfolgt i. d. R. bereits noch mehrere Monate vor der Beantragung. Für diesen Bearbeitungszeitraum muss der Träger die finanzielle Verantwortung übernehmen und den Grundvertrag des Projektmitarbeiters aus Eigenmitteln aufstocken. Verfügt er nicht über die Rücklagen, um ein Anstellungsverhältnis aufrecht zu erhalten, bleibt ihm nur die Kündigung. Der Projektmitarbeiter meldet sich arbeitslos und/oder wandert in Arbeitsfelder ab, die ihm eine Existenzgrundlage bieten. So ist es beim ABC e.V. Realität geworden. Erschwerend hinzu kommt die Tatsache, dass eine Neueinstellung für ein bewilligtes Projekt laut

Richtlinien des Jugendförderplans nicht zulässig ist. Folge ist, dass es zu einer hohen Fluktuation und einem enormen Qualitätsverlust in den Kinder- und Jugendprojekten kommt, da Mitarbeiter nur für kurze Zeit beschäftigt werden können.

Häufig sieht sich der Träger zudem gezwungen, schon vor der Projektbewilligung mit dem Projekt zu beginnen. Kontakte zu den Kooperationspartnern müssen gepflegt werden und Zeiten müssen im Detail abgeklärt werden, da auch der Partner das Projekt zeitlich und organisatorisch einplanen muss. Da dies nicht bezahlt wird, entstehen hier zusätzliche Kosten, die vom Landesjugendamt nicht berücksichtigt werden.

Vielleicht haben Träger mit Strukturförderung die Chance, die Wartezeiten bis zum Projektbeginn zu überbrücken, um den professionellen Mitarbeiter nicht zu verlieren. Was wiederum bedeutet, dass ein Träger, der keine Strukturförderung erhält, keine Chance hat, professionell Kinder- und Jugendprojekte anzubieten. Denn alternativ kann dies nur über freie Mitarbeiter auf Honorarbasis erfolgen, bzw. der Antragssteller muss mit stetigem Personalwechsel leben. Was zumindest in unseren Projektvorhaben einen enormen Qualitätseinbruch in dem Bereich bedeutet.

Die zweite Hürde ist die Drittmittelakquise. Durch die bedrohlichen Kürzungsmaßnahmen im Bereich der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit in vielen Kommunen ist davon auszugehen, dass die möglichen 20% Drittmittel aus den Kommunen zukünftig kaum oder erheblich geringer fließen werden. Das Bemühen um Spendengelder ist sehr zeitaufwendig und mühselig, denn i. d. R. fehlt das Geld für einen professionellen Fundraiser. Da-

neben bleibt die Möglichkeit der Beantragung von Drittmitteln bei Stiftungen. Hier macht ein Antrag zumeist nur Sinn, wenn ein Schreiben über eine Bewilligung der Hauptfinanzierung des Projektes vorliegt. Die Bewilligung von Stiftungen zieht sich zum Teil jedoch so lange hin bzw. gibt es fixe Termine, wo über Anträge entschieden wird, so dass mit dem Projekt zumeist erst begonnen werden muss, bevor eine Zusage über die Drittmittel eingeht. Das Risiko ggf. auf der Ausgabe sitzen zu bleiben, liegt nun beim Antragssteller. Und das Risiko ist derzeit erfahrungsgemäß sehr hoch. Davon ab muss der Träger finanziell überhaupt in der Lage sein, das Geld vorzustrecken bzw. es im schlimmsten Fall selbst zu tragen. Wenn Letzteres nicht geht, muss das Projekt sogar in Mitten der Durchführung abgebrochen und Verträge gekündigt werden.

Zuletzt führe ich noch die Hürde der 10% Eigenmittel auf, die mindestens eingebracht werden müssen, wenn Fördergelder beim Landesjugendamt beantragt werden. Die Preisgestaltung im sozialen Bereich in unseren anderen Arbeitsbereichen beispielsweise erlaubt es nicht, neben dem kostendeckenden Arbeiten so hohe Rücklagen zu bilden, dass die in Jugendprojekte anfallenden Verwaltungskosten dadurch noch aufgefangen werden.

Denn Projektarbeit kostet immer mehr als in einem Antrag beantragt wird. Das liegt daran, dass keine Verwaltungskosten (wie z. B. Miete, Strom, Gas, Telefonrechnung etc.) geltend gemacht werden dürfen. Auch ein Erlebnispädagoge benötigt - neben der Arbeit mit den Jugendlichen im Wald - einen Tisch und einen Stuhl, einen PC, einen Drucker, ein Telefon etc. Denn Spendenaufrufe und Elternbriefe können nicht handschriftlich erfolgen, ebenso we-

nig die Erstellung einer Pressemitteilung. Professionelles Arbeiten erfordert eine gute Infrastruktur. Ist diese nicht von der Kommune finanziert, kann keine professionelle Projektarbeit umgesetzt werden, weil diese nicht finanziert wird.

Ich hoffe, dass aus meinem Schreiben hervorgeht, weshalb ich mich gezwungen sehe, den Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für das Projekt „Lernen – Handlungsorientiert und lebenslang!“ – Position 4.3 – zurückzuziehen und hoffe, es ist deutlich geworden, welche Faktoren dafür ausschlaggebend waren. Ich bedaure dies zutiefst, vor allem, weil es derzeit für uns bedeutet, dass wir die Kinder- und Jugendprojektarbeit im Ganzen einstellen müssen. Als besonders erschütternd empfinde ich dies, weil der Bedarf an guter Projektarbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen sehr hoch ist und wir

dem mit großem Engagement und Kompetenz hätten begegnen können.

Umso wichtiger ist mir, Ihnen ausführlich die Beweggründe zu schildern, anstatt mit einer kurzen Absage das Feld einfach zu räumen. Ich werde das Schreiben dem Verband Z (Dachverband) zur Verfügung stellen. Der Verband ist mit der Politik im Gespräch und vertritt dort die Interessen der Mitglieder. Auch wenn es für die Jugendprojektarbeit des ABC e.V. in diesem Moment zu spät ist, sehe ich die Hoffnung, dass ich hiermit den Fachverband dabei unterstützen kann, auf Missstände und untragbare Rahmenbedingungen in der Förderungslandschaft in Land und Kommune aufmerksam zu machen und möchte mitwirken, Änderungen zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

D. E.

(ABC e.V.)

Offene Jugendarbeit muss sich „öffnen“

ROGER KÖNIG ist seit vielen Jahren als Stadtjugendreferent in Ditzingen unterwegs. Er ist außerdem aktiv im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.

Die Stadt Ditzingen grenzt unmittelbar an die Landeshauptstadt Stuttgart an. Neben der Kernstadt gibt es drei bis zu neun Kilometer entfernte Stadtteile. Ditzingen hat traditionell eine gut ausgebaute Jugendarbeitslandschaft; derzeit gibt es im Stadtzentrum ein Jugendhaus, das von der Kommune betrieben wird, während die drei Jugendtreffs in den Stadtteilen von der Caritas bzw. einem örtlichen freien Träger getragen werden. Verschiedene offene Angebote richten sich auch gezielt an Kinder, z.B. bietet Ditzingen eine der ältesten Kinderspielstädte in der Bundesrepublik an. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Trägern ist gut entwickelt, man trifft sich wöchentlich zu einem gemeinsamen Team. An allen Schulen, auch Grundschulen, gibt es Schulsozialarbeit. Im Team sitzen sowohl alte Hasen, die über viel Erfahrung verfügen, als auch sehr junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die neue Ideen einbringen und die traditionellen Angebote auch kritisch nachfragen.

ROGER KÖNIG hat sich bei der Befragung der AGJF (vgl. den Beitrag in diesem Heft) ausführlich zu den Gründen der Finanzmisere wie auch zu den Möglichkeiten geäußert, diese wieder hinter uns zu lassen. In einem Interview hat er seine Überlegungen konkretisiert.

OJA: Wie sieht es in Ditzingen mit Kürzungen aus?

König: Die sind bei uns bisher noch kein

Thema, wir sind davon bisher verschont geblieben. Aber wenn das so weitergeht, müssen auch wir in Zukunft mit Diskussionen rechnen. Wir haben inzwischen eine Größe erreicht, die den Bereich Offene Kinder- und Jugendarbeit für einen Kämmerer interessant machen könnte. Allerdings haben wir bei der letzten Sparrunde die Personalkosten schon kräftig reduzieren können durch die Fremdvergabe an die Caritas, die nun Kooperationspartner und Träger unserer Jugendtreffs in den Stadtteilen und eines großen Teiles der Schulsozialarbeit ist. Das Geld für diese Einrichtungen taucht haushaltsrechtlich „bloß“ noch als Zuschuss an einen freien Träger auf. Für uns ist diese Aufteilung kein Problem, wir arbeiten eng mit der Caritas zusammen. Basis dafür ist eine Zielvereinbarung, die die Caritas in ihrem Jahresbericht abarbeitet und die jährlich fortgeschrieben wird. Und bei unseren gemeinsamen Teamsitzungen tauschen wir uns auch laufend aus und treffen unsere alltagsrelevanten Absprachen mit den Kollegen vor Ort.

OJA: Warum denkst du, wird Offene Kinder- und Jugendarbeit wieder einmal als Steinbruch benützt?

König: Das liegt sowohl an uns selbst, als auch an der Politik. Mir wird immer deutlicher, daß die Offene Kinder- und Jugendarbeit ein Problem hat, an dem sie zum Teil selbst Schuld hat. Sie hat es bisher meistens nicht geschafft, Ergebnisse so nach außen deutlich zu machen, dass die Politik diese auch wahrnehmen muss. Über das, was gut läuft, wird meistens nur in internen Zirkeln

geredet. Natürlich ist das alles auch nicht einfach, denn vieles, was wir bewirken bei Kindern und Jugendlichen, zeigt sich oft erst nach Jahren. Schule vergibt ständig Noten, die hat es da einfacher. Ich glaube jedenfalls, dass wir es bis heute noch nicht gelernt haben, uns so zu verkaufen, wie es unsere Arbeit verdient.

Auf der anderen Seite hat die Politik immer noch nicht begriffen, dass Jugendarbeit eigentlich keine Freiwilligkeitsleistung ist, sondern eine Notwendigkeit, die nicht mehr wegzureden ist. Wenn man sie einstampft, wird im Gemeinwesen vieles schlagartig deutlich werden. Wenn ich an die Diskussionen über Jugendliche im öffentlichen Raum, oder Alkoholexzesse, oder Kreativitätsdefizite denke, dann sind das die Themen, wo wir normalerweise einen guten Zugang zu Jugendlichen und öfters auch gute und schnelle Erfolge haben.

Zweitens hat Politik noch nicht hinreichend realisiert, dass Offene Jugendarbeit als Bildungsort und -angebot sehr wichtig ist, v.a. natürlich im Bereich informeller und non-formaler Bildung. Was wir hier können, ist für die Schule kaum möglich oder gar unmöglich. Die tun zwar ihr Bestes, haben es da aber inzwischen natürlich auch nicht leicht, bei dem ganzen politischen Hin und Her um das G8, die Werkrealschule, und so weiter.

Die weißen Flecken bei der Politik und unser eigenes Problem hängen natürlich eng miteinander zusammen. Deshalb müssen wir lernen, unsere Erfolge besser zu präsentieren. Wir müssen klar machen, dass wir einen exklusiven Zugang zu den Jugendlichen haben, gerade auch zu solchen, die als schwierig gelten. Aber auch die Politik darf man nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Knappe Kassen wird es in den nächsten Jahren überall geben. Es macht aber keinen Sinn, dann einfach mit dem Rasenmäher bei den sogenannten Freiwilligkeitsleistungen zu sparen, wie es sich in ganz Deutschland im Moment

abzeichnet. Die Diskussion um Einsparungen, der wir wohl kaum entgehen können, muss anders, muss qualitativ geführt werden.

OJA: Was meinst du damit?

König: Politik muss davon wegkommen, wenn gespart werden muss, alles was als Freiwilligkeitsleistung gilt, einfach mal zum Abschluss freizugeben. Sie sollte zuerst einmal nach der Wirksamkeit fragen, nach der Qualität. Man muss sich gemeinsam fragen und überlegen, was man erhalten möchte und was nicht.

Im Moment ist es ja so, dass Entscheidungen zunächst auf der Verwaltungsebene vorbereitet werden. Die machen Vorschläge, wo gespart werden soll und die politischen Gremien diskutieren entlang dieser Vorschläge. Die entscheiden dann nur noch darüber, wo sie mitgehen und wo nicht. Entscheidungen müssen aber anders, nämlich wirklich politisch gefällt werden. Man muss sich fragen, welche Qualität eine Stadt ausmachen soll: Was will ich behalten und auf was glaube ich verzichten zu können? Man muss sich vor allem auch fragen, welche Folgen hat das. Solche grundsätzlichen Diskussionen finden aber bedauerlicherweise kaum statt.

In einer solchen politischen Qualitätsdiskussion würden wir aber ganz gut dastehen. Deshalb müssen wir die auch einfordern. Wir müssen den Politikern die Konsequenzen aufzeigen, die z.B. ihre Sparbeschlüsse haben. Wenn es nur um das Einsparen geht - das kann unter Umständen wesentlich teurer werden.

Allerdings hat Jugendarbeit immer noch Schwierigkeiten, ihre Qualität zu definieren und darzustellen. Was wir eigentlich tun müssten, wäre bei allen sich bietenden Gelegenheiten zu erzählen, was wir können und die anderen nicht, wo wir gut sind, was unsere Stärken sind. Dann können wir auch an den Punkt kommen, wo wir gegenüber der Politik sagen können: Ihr könnt auf uns nicht verzichten, weil wir gut sind! Natürlich gibt es



auch Einrichtungen, bei denen es nicht weiter auffallen würde, wenn die heute geschlossen werden. Aber ich denke, es gibt viele, viele gute Einrichtungen und das sollte unser Maßstab sein.

OJA: Du hast vorher davon gesprochen, dass Offene Jugendarbeit mit Jugendlichen einen exklusiven Zugang zu Jugendlichen hat. Kannst du dazu ein Beispiel erzählen?

König: Ein ganz Aktuelles: Letzte Woche tauchte plötzlich ein junger Mann auf, der als Jugendlicher sicherlich nicht zu unseren pflegeleichtesten Besuchern gehörte, und suchte das Gespräch mit dem Jugendhausmitarbeiter. Er hatte mühevoll einen Ausbildungsplatz im Bereich Gebäudereinigung gefunden und wird jetzt schamlos ausgenutzt, mit allen Verstößen gegen das Arbeitsrecht, mit Nacharbeit, Schichten usw. Und der sucht nun die Beratung, Unterstützung, will wissen, was er tun kann. Da hat sich über Jahre hinweg zum Kollegen ein Vertrauen aufgebaut. Er redet nicht mit seinen Eltern darüber, nicht mit seinen Freunden, sondern er kommt zu uns und sucht bei uns Unterstützung.

Und das ist kein Einzelfall. Ich habe heute Kinder in der Spielstadt oder im Ferienprogramm, deren Eltern waren schon bei uns.

Das sind sehr langfristige Prozesse, da entstehen ganz andere Beziehungen, als das in der Schule möglich ist. Wir sind ja auch nicht so festgelegt, unser Angebot ist vielfältiger und wir können ganz anders auf die Kinder und Jugendlichen eingehen. Wir können uns auch ganz anders vernetzen, z.B. mit der Schulsozialarbeit. Das alles müssen wir transportieren in Richtung Politik.

Wobei ich große Probleme damit habe, wenn Offene Jugendarbeit gegen Schulsozialarbeit aufgerechnet wird, was zunehmend passiert. Da habe ich ein grundsätzlich anderes Verständnis. Bei uns hat sich das über Jahre als eine gemeinsame Angebotsebene entwickelt, mit einer engen Zusammenarbeit und intensiver Kommunikation. Für mich ist das eine nicht durch das andere ersetzbar, sondern beides ergänzt sich gegenseitig. Auch wenn die Ganztageschule flächendeckend kommt, haben Jugendliche immer noch Freizeit und brauchen dort Unterstützung und Orientierung.

OJA: Was würde denn konkret passieren, wenn die Offene Jugendarbeit in einer Kommune platt gemacht wird?

König: Die Erfahrung gab es ja schon einmal in unserer Nachbarstadt, da waren die Ju-

gendhäuser teilweise einige Zeit geschlossen, bzw. so reduziert im Angebot, dass es einer Schließung gleichkam. Viele der bisherigen Besucher haben sich dann in dem großen Einkaufszentrum dort getroffen. Das hat niemand gefallen, weder den Geschäften, noch den Leuten, die dort einkaufen wollten. Weil es Verschmutzung bedeutete, Radau, im Extremfall auch die Nachwirkungen von Exzessen, sei es Alkohol oder Drogen. Aber auch bei uns hat sich, hier nur in umgekehrter Richtung, mit der Eröffnung von zwei Stadtteiltreffs die Situation im öffentlichen Raum verändert. Allerdings ins Positive.

Eine andere Sache ist, dass Offene Kinder- und Jugendarbeit nach meinem Verständnis wichtige Funktionen im Gemeinwesen hat. Außerdem ist sie für Kinder und Jugendliche ein sehr wichtiger Bildungsort. Bei uns lernen die Sachen, die sie in der Schule nicht lernen können, und auch im Elternhaus nicht mehr beigebracht bekommen, obwohl sie sie aber eigentlich bräuchten.

OJA: Stichwort Bildung. Kannst du da noch etwas dazu sagen?

König: Wie gesagt, wir sind ein wichtiger Bildungsort für Kinder und Jugendliche. Rein schulisches Lernen reicht nicht aus. Genau so wichtig ist soziales Lernen, das überwiegend außerhalb der Schule stattfindet, denn Jugendliche brauchen soziale Kompetenzen. Das fordert ja inzwischen sogar schon die Wirtschaft ein. Soziales Lernen ist aber seit Jahrzehnten ein zentraler Inhalt der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Vereine haben da auch eine wichtige Funktion, aber die machen das ehrenamtlich und haben daher ihre Grenzen.

OJA: Warum kapiert Politik das alles nicht?

König: Politik muss die Offene Kinder- und Jugendarbeit anders wahrnehmen. Nicht nur ein Mal im Jahr, wenn der Jahresbericht vorgestellt wird, sondern auch durch Präsenz in

den Einrichtungen. Ich kann mich da nicht beklagen, viele unserer Kommunalpolitiker gehen immer mal wieder in die Häuser.

Einzelne werden sogar aktiv, z. B. als Moderatoren bei Problemen. Wir hatten hier über Jahre Konflikte mit einer Clique, die sich auf einem öffentlichen Platz getroffen hat, mit den üblichen Problemen: Lärm, Verschmutzung etc.. Und da wurde eine Ortsvorsteherin mit mir zusammen aktiv als Mediatorin. Das finde ich sehr wichtig. Wir sind zusammen auf die Jugendlichen zugegangen, hatten verschiedene Treffen und haben gemeinsam eine Idee entwickelt, wie man die Sache angehen könnte. Das war ganz banal zum Schluss, es gab ein Stimmungsbarometer, das an diesem Platz aufgehängt wurde, wo sowohl die Jugendlichen als auch die Anwohner ihre Befindlichkeit zum Ausdruck bringen konnten. Wir haben auch eine Box aufgestellt, wo sich jeder beschweren oder auch loben konnte. Klar, das hat genau dort und mit dieser Clique funktioniert, ein Jahr später hat es mit der Nachfolgegruppe nicht mehr funktioniert. Da mussten wir andere Wege gehen.

Das finde ich eine ganz wichtige Geschichte, dass sich Politiker auch auf diese Weise einbringen. Und wer das tut, der hat natürlich auch ein ganz anderes Verständnis davon, was Jugendarbeit leisten kann. Weil sie das miterlebt haben, Erfolgserlebnisse gehabt haben. Das sind Sachen, die sicher hilfreich sein können, dass Politik anfängt, anders zu denken.

OJA: Welche Rolle haben die Zusammenschlüsse auf Landesebene?

König: LAGO und AGJF sind mit verschiedenen Maßnahmen auf dem richtigen Weg, um der Öffentlichkeit den Stellenwert Offener Kinder- und Jugendarbeit deutlich zu machen. Sei das jetzt z. B. das Gesamtbildungskonzept oder das Projekt „Kinder und Jugendhoch3“. Das ist der richtige Weg. Schade ist, dass das von vielen Kollegen nicht so verstanden wird. Es ist ein unterstützendes



Moment, das hilfreich ist, gerade auch in der Auseinandersetzung mit der Politik. Wir haben in Ditzingen selbst eine Aktion mit dem Titel Jugendhoch3 gemacht und ich war in einer der Arbeitsgruppen für das Gesamtbildungskonzept. Es sind also durchaus Ansätze da, welche die Bedeutung der Offenen Jugendarbeit als außerschulische Bildung deutlich machen können. Aber das muss vor Ort konsequenter aufgegriffen werden.

Zweitens müssen die LAGO und die AGJF dort Präsenz zeigen, wo es der Jugendarbeit ans Leder geht. Und dort müssen wir diese Qualitätsdiskussion einfordern. Dort müssen wir fragen: Was hat das denn für Auswirkungen im Alltag? Wenn ihr das macht, dann müsst ihr auch mit den Konsequenzen leben und nicht wie üblich hinterher jammern: Wenn ich das gewusst hätte.

Und wir haben es ja erlebt, auch in jüngerer Zeit, dass Politik durchaus eine Umkehr macht, wenn sie auf Widerstand stößt. Ob das in Mannheim oder Bad Mergentheim die Ein-

mischung der AGJF bewirkt hat, oder die Demos und andere Aktivitäten von Jugendlichen, Kindern und Eltern, sei einmal dahingestellt.

OJA: Wo siehst du einen Ansatzpunkt, das Verhältnis der Politik zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu verändern?

König: Vieles hängt an uns selbst, an den Jugendarbeitern. Man muss lernen, den Kontakt zur Politik zu entwickeln. Wir müssen von dieser Mentalität herunterkommen, wir sind „nur“ Jugendarbeiter. Wir sind etwas wert, auch wenn wir schlecht bezahlt sind. Wir haben bestimmte Aufgaben und wenn wir die gut erledigen, können wir das auch so nach außen tragen: Schaut her, das machen wir mit euren Kindern und Jugendlichen! Ich habe heute eine Rückmeldung von einem enttäuschten Vater bekommen, dessen Kinder keinen Platz mehr in der Spielstadt bekommen haben. Der sagte mir: ‚Meine Kinder waren total begeistert, ich möchte euch noch ein Kompliment machen.‘ Nach einem Jahr!

Und ich denke, das sind Zeichen, dass wir auf einem guten Weg sind. Qualitativ bieten wir etwas, was ankommt und honoriert wird..

Oder z.B. unser Bürgermeister, der ist jedes Jahr Gast in der Kinderspielstadt, der identifiziert sich ganz stark mit diesem Angebot, er lebt das regelrecht, wenn er da ist. Und das merken die Kinder. Und das heißt eben auch, dass wir eine gute Position haben, im Gemeinwesen wie auch in der Politik. Wir haben auch Runde Tische in den Einrichtungen, mindestens ein Mal im Jahr, mit Politik, Schule, Kirchen und interessierten Bürgern. Die setzen sich dort zusammen und reden darüber, was im Stadtteil ansteht. Damit haben wir ein Netzwerk, das funktioniert.

Diese Gemeinwesenorientierung ist für mich inzwischen eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Offene Jugendarbeit. Wenn man nur in seiner Einrichtung sitzt, nicht über den Tellerrand hinaussieht, dann geht man irgendwann unter. Politik erlebt das so: „Die wollen ja gar nicht mit uns“. Nein, man muss Transparenz herstellen: Kommt, schaut euch an, was wir machen. Ich denke, dann haben wir gute Chancen. Dieser Kubus der AGJF ist ja nicht umsonst aus Glas. Das müssten viel mehr Kollegen nutzen, um ihre Arbeit darzustellen.

Öffentlichkeit ist eine ganz wichtige Geschichte, um immer wieder zu zeigen, was wir leisten. Man braucht gute Kontakte zur Presse, zu den Schulen. Man sollte an jeder Schule einen Menschen haben, zu dem man einen direkten Draht hat. Mit denen man sich regelmäßig trifft, um sich auszutauschen. Sich ruhig einmal mit Gemeinderäten unterhalten: Hier, wir haben dies oder jenes vor; das ist ge-

plant oder das haben wir gerade hinter uns, das ist uns passiert. Wir haben gerade diese Problematik vor Ort, wir wollen so oder so darauf reagieren. Allerdings auch die klare Forderung an die Politik: Nehmt uns wahr, schaut hin, was wir tun, wir können euch auch nicht immer hinterherlaufen. Wir können ein Angebot machen, kommt, dann könnt ihr uns kritisieren oder auch loben. Aber nicht aus dem Bauch heraus, sondern kommt und schaut euch die Sache erst einmal an.

Da schweben noch zu viele Bilder aus der Vergangenheit herum, nach dem Motto: Wir lassen uns nicht in die Karten schauen. Das halte ich für falsch, wir sind ein Teil des Gemeinwesens. Das heißt nicht, dass man nur Sachen macht, die allen gefallen. Aber oft geht man nicht nach außen, wenn es einem gut geht, sondern man redet erst, wenn es an die Kohle geht.

Ich rede seit Jahren bei jeder Gelegenheit. Wer sind wir, was machen wir, wer sind die Personen, wo sind wir, für wen machen wir was, was wollen wir erreichen. Wir sind sicher nicht das Gelbe vom Ei. Aber viele Kollegen haben vor solcher Öffentlichkeit Bedenken.

Also: Wir müssen an unserer Mentalität arbeiten. Jugendarbeit muss nicht nur offen für Jugendliche sein, sondern sie muss sich auch öffnen für das Gemeinwesen. Dazu muss sie Netzwerke entwickeln. Dafür gibt es sicherlich keine Rezepte. Wie das funktionieren kann, ist von den örtlichen Gegebenheiten abhängig. Aber man muss es probieren, dann wird die Politik über die offene Kinder- und Jugendarbeit auch in Zeiten leerer Kassen ganz anders diskutieren.



Die Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.) gibt seit 2005 die seit 1991 regelmäßig erscheinende Fachzeitschrift OFFENE JUGENDARBEIT heraus.

In ihr werden aktuelle Themen und Entwicklungen zur Kinder- und Jugendarbeit, vor allem in Kinder- und Jugendhäusern, Jugendzentren usw. diskutiert und beispielhafte Praxismodelle vorgestellt.

OFFENE JUGENDARBEIT

Praxis • Konzepte • Jugendpolitik

Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)
Siemensstr. 7, 70469 Stuttgart, Telefon 0711/8969 15-0,
Fax 0711/8969 15-88

Verlag: tb-verlag, Burkhard Fehlren
Quenstedtstr. 20 · 72076 Tübingen
bfehlen@t-online.de · www.tb-verlag.de
ISSN 0940-2888

Format/Erscheinungsweise/Auflage:
ca. 60 Seiten in DIN A5, 4 x jährlich, 2.500 Exemplare

LeserInnenkreis: Träger und MitarbeiterInnen
Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen, DozentInnen,
StudentInnen, Kommunale Jugendpflege

Internet: www.offene-jugendarbeit.info

Redaktion: Thea Koss, Burkhard Fehlren

Verantwortlich für die Anzeigen: Gerti Ginster-Hasse (BAG)

Anzeigen- und Beilagenpreise auf Anfrage
Falls Sie Fragen haben, ist Gerti Ginster-Hasse
ihre Gesprächspartnerin.
Telefon 0711/8969 15-17
E-Mail: g.ginster-hasse@agif.de

Layout und Satz: KOHLERDESIGN (www.kohlerdesign.de)



„Bildung im Alltag der offenen Kinder- und Jugendarbeit“ war ein Projekt, das die AGJF Baden-Württemberg e. V. gemeinsam mit dem Paritätischen Jugendwerk Baden-Württemberg e. V. und der SBR gGmbH Stuttgart 2006/07 durchgeführt hat. Gefördert wurde es aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Arbeitsagentur.

Viele akademische Jugendarbeiter/innen fordern, die offene Arbeit verstärkt unter der Bildungsperspektive zu sehen. Sind solche Forderungen unter den gegebenen Voraussetzungen – personellen wie fachlichen – aber überhaupt realistisch? Kann es mit den durchschnittlich vorhandenen Ressourcen und strukturellen Gegebenheiten gelingen, Bildungsprozessen im alltäglichen Geschehen auf die Schliche zu kommen? Unsere Antwort lautet eindeutig „Ja“, sofern die Praktiker/innen dafür eine

vergleichsweise bescheidene Unterstützung erhalten.

In diesem Buch werden die theoretischen und methodischen Grundlagen, v. a. aber die Ergebnisse des Projekts in einigen der beteiligten örtlichen Einrichtungen vorgestellt.

Im „Jugendmedienzentrum Tübingen“ geht es um Entwicklungen, die bei der großen Gruppe ehrenamtlicher Mitarbeiter, die den Betrieb i. w. tragen, beobachtet werden konnten.

Bei der „Backoffensive“ der Spieloffensive Freiburg handelt es sich um ein Projekt mit Jugendlichen, denen üblicherweise niemand so richtig über den Weg traut.

Das „Jugendzentrum Hammerschlag“ in Schorndorf ist ein Angebot überwiegend für Spätaussiedlerjugendliche. Hier wird sehr deutlich, wie sich diese Jugendlichen mit Unterstützung des Jugendzentrums aus dem üblichen Dreieck Bahnhof, Stadtpark und Jugendzentrum Zug um Zug herauslösen und sich neue Räume aneignen.

In der „Musikwerkstatt Tübingen“ wurden zwei Mädchenbands ein Jahr lang begleitet.

Der „Jufo-Club Möglingen“ ist ein Partizipationsprojekt für eine Gruppe jüngerer Besucher des kommunalen Jugendhauses.

Im „Jugendhaus Bastille“ in Reutlingen standen die informellen Prozesse zwischen Jugendlichen im Vordergrund. Was passiert in der Raucherecke oder am Billardtisch unter der Perspektive „Bildung“?

Das Buch kann bezogen werden über die AGJF Baden-Württemberg – www.agjf.de (Shop), den Verlag – www.tbt-verlag.de (Shop) oder den Buchhandel.

Burkhard Fehrlen/Thea Koss
**Bildung im Alltag der
Offenen Kinder- und Jugendarbeit**
Empirische Studien
Hrsg. von der LAGO Baden-Württemberg
202 Seiten, 12,80 €
Tübingen 2009
ISBN 978-3-925882-31-9





Offene Jugendarbeit erscheint viermal jährlich,
Einzelpreis Druckausgabe 6,- € (zzgl. Versandkosten)
Jahresabonnement 15,- € (inkl. Versandkosten).
Zeitschrift als PDF 3,- €. Bestellung unter www.tbt-verlag.de.
Für Mitglieder der BAG OKJE e.V. ist der Gesamtbezugspreis
im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen
vor Ablauf des Jahresabonnements.

Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist.

Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e.V.,
über den Verlag oder den Buchhandel.

Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch
das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

